

Für ein bürgerernahes Bayern

menschlich
nachhaltig
modern

KOALITIONSVERTRAG
für die Legislaturperiode 2018 – 2023



Inhalt

Präambel	1
I. Starkes Bayern	3
1. Für solide Finanzen	3
2. Für einen sicheren Staat	5
3. Für eine moderne Verfassung und Justiz	10
4. Für gleichwertige Lebensverhältnisse und starke Kommunen	12
II. Menschliches Bayern	14
1. Für eine fürsorgende Familienpolitik.....	14
2. Für ein gutes Miteinander und eine gerechte Arbeitswelt	16
3. Für bezahlbares Wohnen	19
4. Für eine menschliche Gesundheits- und Pflegepolitik	22
III. Nachhaltiges Bayern.....	25
1. Für unsere bayerische Land- und Forstwirtschaft.....	25
2. Für eine gesunde Umwelt.....	28
3. Für eine nachhaltige Energie.....	32
IV. Modernes Bayern.....	35
1. Für erstklassige Bildung	35
2. Für Spitzenniveau in Forschung und Lehre	39
3. Für lebendige Vielfalt in Kunst und Kultur.....	42
4. Für eine erfolgreiche Wirtschaft.....	44
5. Für nachhaltige Mobilität	48
6. Für die digitale Zukunft	52
7. Für einen starken Medienstandort Bayern.....	55
V. Stabiles Bayern	56
1. Für einen starken Öffentlichen Dienst	56
2. Für Bürokratieabbau	57
3. Für ein starkes Bayern im Herzen Europas	58

Präambel

CSU und FREIE WÄHLER sind sich ihrer großen Verantwortung für Bayern bewusst und nehmen den Regierungsauftrag dankbar an.

CSU und FREIE WÄHLER finden eine positive Ausgangslage vor. Bayern geht es gut. Unsere Wirtschaft ist außerordentlich erfolgreich, wir leben im sichersten Land Deutschlands und das bayerische Lebensgefühl ist einzigartig. Aus dieser Position der Stärke heraus werden wir die Fragen der Zukunft angehen und Probleme lösen.

Wir modernisieren das Land und gehen neue Wege. Wir arbeiten für einen Freistaat, der diesen Titel verdient. Wir setzen auf Freiheit, Selbstverantwortung und gute staatliche Angebote. Verbotsdenken und ideologiegetriebenes Handeln lehnen wir ab. Zentral ist dabei für uns das bayerische Leitprinzip von „Leben und leben lassen“: Wir schreiben niemandem vor, wie er zu leben hat. Aber wir helfen jedem Einzelnen nach Kräften auf seinem Weg.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und allen ehrenamtlich Engagierten wollen wir Bayern zukunftsfähig machen. Der Freistaat versteht sich als fairer Partner seiner Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke.

Ein lebendiger Föderalismus und die Eigenstaatlichkeit der Länder haben für uns oberste Priorität. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Bayern und auch Deutschland insgesamt weiterhin prosperieren. Unser gemeinsames Ziel ist es, die besondere Stellung Bayerns in Deutschland zu bewahren.

Die Koalition aus CSU und FREIE WÄHLER ist getragen von einem gemeinschaftlichen bürgerlichen Geist, von Grundvertrauen und Grundüberzeugungen. Beide Parteien arbeiten kraftvoll und engagiert zum Wohle des Freistaats. Wir bilden eine stabile und tatkräftige Regierung. Wir entwickeln unsere Entscheidungen gemeinsam, stehen zu ihnen und vertreten sie gemeinsam nach außen.

Dieser Vertrag legt die Leitlinien unserer Regierungsarbeit fest:

Wir verstehen unsere Partnerschaft als **Bayernkoalition**. Unsere gemeinsame Regierungszeit fällt in eine Phase weltweiter Umbrüche und Herausforderungen. Bayerns Zukunft hängt entscheidend davon ab, dass wir jetzt die richtigen Entscheidungen treffen. Wir haben die Ideen, den Willen und den Mut dazu.

Bayern soll das Land der Freiheit bleiben. Wir betrachten uns als **Koalition der Freiheit** und wollen eine freiheitliche Bürgergesellschaft in Bayern. Freiheit ist ohne Sicherheit undenkbar. Kernaufgabe des Staates ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Unser Staat muss also stark sein, wenn es um die Sicherheit geht. Er muss sich aber auch zurücknehmen können, wo es um die persönliche und wirtschaftliche Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger geht. Diese Balance wollen wir bei allem Regierungshandeln im Blick haben und stets aufs Neue austarieren.

Wir wollen eine **Zukunftscoalition** sein. Am Ende dieser Amtsperiode soll es dem Land noch besser gehen als heute. Bayern soll gefestigt und lebenswert sein, die Bürgerinnen und Bürger sollen sich in ihrer Heimat aufgehoben fühlen und vertrauensvoll nach vorne blicken können.

Dafür machen wir den Freistaat **nachhaltiger, moderner und ökologischer**. Wir legen noch mehr Augenmerk auf die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Unsere gesamte Politik richten wir noch stärker auf die Bewahrung der Schöpfung aus.

In diesem Sinne verstehen wir uns als **Heimatkoalition**. Wir denken Stadt und Land gemeinsam, aber wir machen sie nicht gleich. Wir erarbeiten für alle Landesteile stimmige Lösungen für die jeweils sehr unterschiedlichen Herausforderungen. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern.

Gleichzeitig sind wir eine **Familienkoalition**. Wir rücken Familien in den Mittelpunkt unserer Politik, denn sie sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir fördern Kinder, Eltern, Großeltern und Alleinerziehende nach Kräften und richten unsere Familienpolitik ganzheitlich aus. Unser Ziel ist ein Staat, der zielgerichtete Unterstützung in allen Lebenslagen und Lebensphasen bietet und soziale Sicherheit gewährt.

Wir können dies leisten, wenn wir unser Land entschlossen und mit positiver Energie gestalten: mit einer starken Wirtschaft, in der der große Konzern ebenso optimale Bedingungen findet wie der kleine Handwerksbetrieb. Und mit einer soliden Finanzpolitik, die die Basis allen staatlichen Handelns ist. Wir sind eine **Koalition des Miteinanders**, die allen demokratischen Kräften die Hand reicht und auf moderne Formen der Mitsprache setzt. Das Land zusammenführen, nicht spalten – das ist unser Versprechen.

I. Starkes Bayern

1. Für solide Finanzen

Bayern ist europaweit Vorbild für solide Finanzen: Ein ausgeglichener Haushalt, die Rückzahlung alter Schulden und hohe Investitionen sind die Grundlinien unserer Haushaltspolitik. Wir betrachten die Staatsfinanzen nicht als Haushaltsmittel, die dem Staat gehören, sondern als Geld, das wir nur im Auftrag unserer Bürgerinnen und Bürger verwalten. Deswegen zählen in der Finanzpolitik dieser Koalition Verlässlichkeit, Ehrlichkeit und Besonnenheit in ganz besonders hohem Maße. Wir wollen das Geld, das uns anvertraut ist, sparsam verwenden, klug investieren sowie sozial und ertragreich einsetzen.

Disziplin und Verantwortungsgefühl in Finanzfragen sind Werte, für die der Freistaat seit Jahrzehnten steht. Die Schulden von heute müssen unsere Kinder zurückzahlen. Wir wollen auch den Kurs der Rückzahlung alter Schulden fortsetzen. Alle Staatsausgaben wollen wir ständig darauf prüfen, ob sie im richtigen Maß zueinander stehen und den Grundsätzen der Sparsamkeit entsprechen.

Lebendiger Föderalismus setzt mehr Handlungsspielräume für die Länder voraus. Gute Politik in den Ländern muss aber auch belohnt werden. Wir wollen eine klare Zuordnung von Aufgaben und Verantwortungen auf Bund und Länder sowie eine angemessene Finanzausstattung durch den Bund. Eine immer weiter fortschreitende Mischfinanzierung von Länderaufgaben durch den Bund unter Auflagen und Bedingungen lehnen wir ab.

Der Staat muss mit dem auskommen, was er hat. Das gilt gerade in Zeiten guter Haushaltslage. Stabile steuerliche Rahmenbedingungen ermutigen Menschen und Unternehmen zu Investitionen, Arbeit und Leistung und stärken damit zugleich die Einnahmehasis des Staates von morgen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Die Sicherung des **Haushalts ohne Neuverschuldung** hat hohe Priorität. Wir werden auch im Doppelhaushalt 2019/2020 und in den Folgejahren ohne neue Schulden auskommen. Die ab dem Jahr 2020 geltende verfassungsrechtliche sogenannte „Schuldenbremse“ wird der Freistaat Bayern einhalten. Alle in diesem Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben werden daher nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten umgesetzt.

Ziel ist eine anhaltend hohe Investitionsquote und eine stabile Personalquote. Wir treffen Vorsorge für eine langfristige Finanzierung der Versorgungsausgaben für die Beamten des Freistaates. Wir werden mit den vorhandenen Haushaltsreserven sorgsam umgehen und auch künftig ausreichende Haushaltsreserven bilden.

Bayern soll bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir mit dem **Schuldenabbau** konsequent fortfahren.

Wir **lehnen Steuererhöhungen jeder Art entschieden ab**. Wir sind uns einig: Das Geld ist am besten bei denjenigen aufgehoben, die es erwirtschaften – bei den hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen.

Wir setzen uns für einen festen Fahrplan für die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle ein. Eine Fortführung der Zusatzbelastung durch Integration in den Einkommensteuertarif lehnen wir ab.

Wir wollen, dass unsere Wirtschaft auch weiterhin wächst und gute Arbeitsplätze bietet. Wir setzen uns daher für eine mittelstandsfreundliche Unternehmenssteuerreform ein, um die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland zu verbessern.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer ein. Wir wollen ein wertunabhängiges Einfach-Grundsteuermodell.

Bei der Grunderwerbsteuer setzen wir uns für einen Freibetrag beim erstmaligen Erwerb von Wohnimmobilien ein.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir regionalisieren. Eine Anhebung der persönlichen Freibeträge ist unser Ziel.

Wir wollen eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, bei der insbesondere kleine und mittlere Unternehmen eine Steuergutschrift erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufbewahrungspflicht für Steuerunterlagen von zehn auf sechs Jahre verkürzt wird.

2. Für einen sicheren Staat

Als freie Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit zu leben, ist ein Privileg, das in großen Teilen der Welt keine Selbstverständlichkeit ist. Wir sind glücklich darüber, dass Bayern seinen Menschen seit vielen Jahrzehnten ein Höchstmaß an Sicherheit bieten kann. Das betrachten wir als Verpflichtung. Wir wollen auch künftig alles dafür tun, die Kriminalität auf einem so niedrigen Maß wie möglich zu halten. Das erreichen wir durch eine ständige Optimierung der technischen und personellen Ausstattung unserer Polizei. Alle Rahmenbedingungen werden wir stetig weiterentwickeln und verbessern.

Vor allem aber erreichen wir ein gutes Sicherheitsklima durch Vertrauen. Wir sorgen für eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und der inneren Sicherheit und stärken gleichzeitig denen, die unsere Sicherheit garantieren, den Rücken. Wir treten jeglicher Form des Extremismus entschieden entgegen und werden verstärkt präventiv durch mehr Bildung und Werteerziehung für das Thema sensibilisieren.

Wir setzen auf eine konsequente Anwendung und den gründlichen Vollzug geltenden Rechts, insbesondere bei Einwanderung und Integration.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir sorgen für eine weitere **Stärkung unserer Polizei und Einsatzkräfte**. Die Bayerische Polizei hat mit über 42.000 Stellen den höchsten Personalstand aller Zeiten. Dem fortwährend wachsenden Personalbedarf tragen wir durch weiteren kräftigen Stellenaufwuchs Rechnung. Wir werden bis 2023 pro Jahr 500 weitere Stellen schaffen und den Personalstand bis dahin auf 45.000 Polizistinnen und Polizisten erhöhen. Die neuen Polizistinnen und Polizisten sollen bayernweit eingesetzt werden. Ihr Tätigkeitsbereich soll nicht in Stuben oder Stäben sein, sondern vor allem in der Fläche, bei den Menschen vor Ort, wie z. B. an öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen und U-Bahnen, aber auch im ländlichen Raum.

Mit den neuen Stellen möchten wir unsere Polizistinnen und Polizisten entlasten und beim Überstundenabbau unterstützen. Zusätzlich werden wir Möglichkeiten der Überstundenauszahlung schaffen und wesentlich erleichtern. Unser Ziel ist es, dass jährlich mindestens 10 % der angefallenen Überstunden abgebaut werden können.

Die Nachtdienstzuschläge (DuZ) bei der Bayerischen Polizei werden im Laufe der Legislaturperiode auf 5 Euro pro Stunde erhöht.

Wir werden im Rahmen der Stellenmehrungen mehr Kapazitäten für die Mobile Reserve der Bayerischen Polizei vorsehen.

Wir werden Handlungsspielräume für die Bayerische Polizei gewährleisten, um bisher praktizierte Schichtdienstmodelle zu erhalten, soweit dies zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs oder zur Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie

und Beruf für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Bayern erforderlich ist bzw. von diesen gewünscht wird.

Wir bauen unsere **Bayerische Grenzpolizei** weiter auf insgesamt 1.000 Stellen aus, um unsere Grenzen effektiv zu sichern und die Schleierfahndung damit zu verstärken. Illegale Migration und grenzüberschreitende bzw. grenzbezogene Kriminalität können und werden wir nicht dulden. Gleichzeitig wirkt die Staatsregierung auf Bundesebene auf eine Aufstockung der Kapazitäten der Bundespolizei zum Schutz der Grenzen hin.

Solange der EU-Außengrenzschutz nicht gewährleistet ist, sind wir für eine Beibehaltung der Grenzkontrollen.

Mit dem Ausbau der **Reiterstaffeln** in München und Nürnberg sorgen wir für zusätzliche Sichtbarkeit und Sicherheit in den Großstädten und bei Großveranstaltungen. Der Ausbau wird auf insgesamt 100 Pferde festgesetzt. Zusätzlich werden wir die Zahl der Diensthunde erhöhen.

Wir möchten für die Bayerische Polizei die **beste Ausstattung**, Ausrüstung und Unterbringung. Mit einem besseren Qualitätsmanagement sorgen wir für höchste Standards und Zufriedenheit.

Bei der technischen Ausstattung werden wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Dazu werden wir insbesondere die landes- und bundesweiten IT-Systeme erneuern und besser vernetzen, die sogenannte Mobile Police auf allen Ebenen bis hin zum voll digitalisierten Streifenwagen einführen, alle Polizeibeamtinnen und -beamten mit einer neuen Dienstpistole ausstatten, die Schutzausstattung der Einsatzkräfte optimieren und den Einsatz von Body-Cams vorantreiben.

Wir werden die Ergebnisse der von der Staatsregierung eingesetzten unabhängigen Expertenkommission zur Begleitung des neuen **Polizeiaufgabengesetzes** (PAG) bis zur ersten Jahreshälfte 2019 evaluieren. Auf dieser Grundlage werden wir den bestehenden Richtervorbehalt im PAG ausdrücklich festschreiben und unter anderem prüfen, ob hinsichtlich des Anwendungsbereichs des Begriffs „drohende Gefahr“ gesetzliche Anpassungen notwendig sind.

Wir erhöhen die Sicherheit im öffentlichen Raum und setzen auf eine moderne Videoüberwachung an Brennpunkten und gefährdeten Orten.

Wir werden **Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz weiter stärken**. Das Potential der Reservisten der Bundeswehr wollen wir besser nutzen, insbesondere ihre Heranziehung für Hilfe im Katastrophenfall.

Wir schützen die, die uns schützen. Wir tolerieren keine Gewalt gegen unsere Polizei- und Einsatzkräfte. Wir werden prüfen, ob Rettungskräfte die Befugnis erhalten, bei Behinderung Platzverweise auszusprechen, und ob es eine Erhöhung des Bußgelds für Rettungsgassen-Blockierer geben soll.

Extremisten jeglicher Couleur werden wir auch weiterhin konsequent beobachten und gegen sie mit allen rechtlich gebotenen Mitteln vorgehen. Prävention und Repression gehen dabei Hand in Hand.

Insbesondere wird das Vorgehen gegen sogenannte Reichsbürger und Islamisten intensiviert. Projekte gegen rechten, linken und religiösen Extremismus werden gefördert. Insbesondere werden wir entschlossen den Antisemitismus in Bayern bekämpfen und das Gedenken an die eigene Geschichte wachhalten.

Wir werden Kriminalität, insbesondere die Jugendkriminalität, bereits im Vorfeld durch mehr Bildung und Werteerziehung bekämpfen. Bei jugendlichen Serien- und Intensivtätern hat sich der Warnschussarrest bewährt und soll fortgeführt werden.

Wir setzen auf einen leistungsfähigen und starken **Verfassungsschutz** auf der Basis eines einheitlichen Rechtsrahmens in Bund und Ländern.

Dazu setzen wir uns dafür ein, die Befugnisse des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern auf der Grundlage des Rechtsrahmens der Vorschläge der Innenministerkonferenz und des novellierten Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes zu vereinheitlichen.

Zahl und Aktivitäten extremistischer Gruppierungen sowie deren Gewaltbereitschaft gegen politisch Andersdenkende oder staatliche Repräsentanten nehmen stetig zu. Wir werden die operative und analytische Leistungsfähigkeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz weiter ausbauen.

Asylpolitik mit Humanität und Ordnung

Bei der Bewältigung des großen Flüchtlingszustroms haben wir gemeinsam in Bayern Großartiges geleistet. Ein besonderer Dank gilt den vielen Flüchtlingsshelfern aus Ehrenamt, Kirche und Kommunen für ihren vorbildlichen Einsatz.

Die **Migrationspolitik** ist für uns eine der bedeutendsten Fragen der Gegenwart. Bayern ist ein weltoffenes Land. Illegale Zuwanderung nach Bayern muss aber durch Grenzkontrollen und einen Ausbau der Schleierfahndung unterbunden werden.

Wir stehen für eine ideologiefreie Auseinandersetzung mit den Themen Asyl, Integration und Migration. Das Asylrecht für individuell politisch Verfolgte steht für uns nicht zur Diskussion. Der Schutz für Kriegsflüchtlinge gilt für die Dauer der kriegerischen Handlungen in ihrer Heimat.

Die Prüfung der Asylberechtigung durch das BAMF muss deutlich schneller erfolgen und in der Regel innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein. Über Klagen von Asylbewerbern gegen ablehnende Bescheide muss schneller entschieden werden können. Hierfür stellen wir ausreichend Verwaltungsrichter zur Verfügung.

Damit das System nicht ausgenutzt wird und funktioniert, brauchen wir aber auch eine konsequentere Rückführungspraxis für Menschen ohne Aufenthaltsrecht. Diejenigen Einwanderer, die wir bei uns aufnehmen, müssen die Chance, aber auch den Willen haben, sich gut zu integrieren. Wir wollen dabei die Städte und Gemeinden bestmöglich unterstützen.

Kräfte, die die Herausforderung aber als Vorwand für verhetzendes und rassistisches Vorgehen benutzen, bekämpfen wir massiv.

Die Maßnahmen aus dem Bayerischen Asylplan setzen wir konsequent um. Insbesondere gewährleisten wir schnelle Verfahren durch die bestehenden ANKER-Zentren und das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen. Wir nutzen die ANKER-Zentren für schnelle Entscheidungen. Im Falle der Bleibeberechtigung soll die Unterbringung möglichst dezentral erfolgen.

Das Sachleistungsprinzip bei der Versorgung von Asylbewerbern hat grundsätzlich Vorrang. Damit werden Geldtransfers in die Herkunftsstaaten erschwert. Wir führen bargeldlose Bezahlssysteme ein.

Wir wollen gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber schaffen.

Aus dem Asylrecht wird in Bayern kein Einwanderungsrecht. Einen „Spurwechsel“ lehnen wir ab. Besondere Integrationsleistungen von Asylbewerbern erkennen wir aber im Einzelfall an. Die Balance zwischen Humanität und Realismus wollen wir insofern halten, indem wir die 3+2-Regelung noch offensiver anwenden werden, auch um die Potentiale der zu uns gekommenen Menschen nutzbar zu machen. Wer sich etwa zur Pflegefachkraft ausbilden lässt, hat eine Chance auf ein Bleiberecht in Bayern – vorausgesetzt er verhält sich rechtstreu, ist nicht straffällig geworden und erfüllt die Anforderungen der Ausbildung.

Bayern bleibt Vorreiter bei Rückführungen. Wir werden einerseits Rückkehrhilfen intensivieren, andererseits bei nicht bleibeberechtigten und straffälligen Personen auch weiterhin konsequent abschieben. Das Bayerische Rückkehrprogramm schafft gezielt Anreize, um die Zahl der freiwilligen Ausreisen weiter zu erhöhen. Wir setzen auf konsequente Abschiebungen, wenn rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber Bayern nicht freiwillig verlassen. Dafür haben wir weitere Abschiebehaftplätze geschaffen und werden in Passau und Hof weitere Abschiebungshafteinrichtungen bauen. Zudem führen wir eigene Abschiebeflüge durch und prüfen ein größeres bayerisches Engagement in den Herkunftsländern, um Rückführungen zu erreichen und human zu begleiten.

In Bayern gelingt **Integration** nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns. Integration ist und bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe. Zentrale Handlungsfelder sind für uns vor allem die Unterstützung des Ehrenamtes vor Ort, die Koordinierung der Integrationsangebote und die Vermittlung der deutschen Sprache. Die Asylhelferkreise sind uns dabei wichtige Ansprechpartner.

Migranten mit Arbeitsmarktzugang sollen rasch und effektiv in den Arbeitsmarkt integriert werden. Schwerpunkte setzen wir dabei auf Vermittlung in Ausbildung und Arbeit, Stabilisierung der Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse, Weiterqualifizierung sowie die berufsbezogene Sprachförderung. Gerade die Integration von Migrantinnen im Bereich Arbeit und Ausbildung wollen wir unterstützen, damit wir der Schlüsselrolle von Frauen und insbesondere Müttern bei der Integration gerecht werden.

Sport ist die größte Bürgerbewegung in Bayern

Der Sport schafft Zusammenhalt, lässt ein Gemeinschaftsgefühl über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg entstehen und trägt zur Repräsentation Bayerns im In- und Ausland bei. Wir räumen sowohl dem Breitensport als auch dem Leistungssport hohe Priorität ein.

Wir werden den Nachwuchsleistungssport besser fördern und die Zusagen Bayerns aus der Bund-Länder-Vereinbarung zur Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung erfüllen. Dazu gehört auch, die Träger leistungssportlicher Trainingsstätten bei den Betriebskosten zu entlasten und für eine deutlich bessere Ausstattung mit Landestrainern zu sorgen. Vereine in weniger strukturstarken Regionen wollen wir beim Bau von Sportstätten besonders fördern. Dazu werden jährlich zusätzlich 10 Mio. Euro bereitgestellt. Wir werden die Modernisierung von Sportanlagen vorantreiben, wie etwa die Olympia-Sportschützenanlage Garching-Hochbrück, die Skisprunganlage und das Langlaufzentrum in Oberstdorf, der Ausbau des Skistadions am Arber oder die Sanierung der Skisprungschanze in Bischofsgrün.

Wir wollen wieder mehr internationale Sportgroßveranstaltungen nach Bayern holen. So haben zum Beispiel die European Championships 2018 in Berlin gezeigt, wie Sportgroßveranstaltungen Menschen für den Sport und zu sportlichen Aktivitäten begeistern können. Potentielle Ausrichter wollen wir bei der Akquise stärker unterstützen.

Wir sind stolz auf eine friedliche Fankultur, die bayerischen Fanprojekte leisten dazu einen wichtigen Beitrag.

3. Für eine moderne Verfassung und Justiz

Wir verstehen unseren Staat als Garant unserer Gesellschaft. Wir stehen daher für den Schutz der Rechtsordnung und die Wahrung der Rechte des Einzelnen. Wir wollen eine moderne, effiziente Rechtsprechung und einen zügigen Vollzug sicherstellen sowie den Opferschutz verbessern.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Die Grundlage des Zusammenlebens in unserem Land und unserer Rechtsordnung ist die **Bayerische Verfassung**. Unsere Verfassung hat sich bewährt, aber wir wollen sie zeitgemäß weiterentwickeln.

Dazu wollen wir im Landtag eine **Verfassungskommission** einsetzen. Wir stellen uns dabei vor, neue Verfassungsziele wie Klimaschutz, Landschaftsschutz und Würde im Alter in der Verfassung festzuschreiben. Daneben schlagen wir vor, die Verankerung digitaler Rechte und digitale Teilhabe, ein ausdrückliches Bekenntnis gegen Extremismus jeder Art sowie eine Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten in die Verfassung aufzunehmen.

Wir sind auch offen für **mehr Bürgerbeteiligung**, z. B. durch Referenden. Insbesondere in Europafragen wollen wir die Bürgerbeteiligung durch Bürgerdialoge stärken. Ein Instrument für mehr Bürgerbeteiligung kann der Bürgerantrag nach Art. 18b der Gemeindeordnung (GO) sein.

Wir **stärken die bayerische Justiz** – personell und technisch. Wir schaffen zusätzliche Stellen für Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger und unterstützendes Personal.

Wir sorgen für eine moderne Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften auf allen Ebenen – gerade auch im Hinblick auf die Digitalisierung. Dazu schaffen wir die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen, insbesondere für den elektronischen Rechtsverkehr und die E-Akte.

Den auf Bundesebene vereinbarten Pakt für den Rechtsstaat wollen wir gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern auf der Basis des derzeit geltenden Grundgesetzes umsetzen und mit Leben erfüllen.

Wir werden Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit durchführen.

Wir werden die Organisierte Kriminalität entschlossen bekämpfen, indem wir unsere Maßnahmen weiter verstärken. Illegale Gewinne werden wir konsequent abschöpfen. Bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften richten wir Spezialabteilungen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität ein, um insbesondere die Schleuserkriminalität zu bekämpfen, etwa nach dem Vorbild des „Traunsteiner Modells“.

Wir bekämpfen Korruption und Abrechnungsbetrug im Gesundheits- und Pflegebereich. Dazu wollen wir bei einer Zentralstelle die Kompetenzen und Ressourcen der Staatsanwaltschaften bündeln.

Wir verbessern den **Opferschutz** weiter. Hierzu wollen wir ein eigenes bayerisches Opferschutzgesetz schaffen, das das Opfer besonders in den Blick nimmt. Innerhalb der bewährten Strukturen werden wir die Stiftung Opferhilfe ausbauen. Ziel ist ein echter Auffangschutz, der die Lücken des Opferentschädigungsgesetzes schließt.

Wir **stärken den Justizvollzug**. Wir werden den Justizvollzug auf allen Ebenen für die Herausforderungen der Zukunft rüsten und ihn insbesondere personell und baulich stärken. Wir werden im Rahmen des Strafvollzugs Extremismus und Islamismus effektiv bekämpfen. Wir tragen für eine noch bessere Versorgung und Behandlung der zunehmenden Zahl von Gefangenen mit Gesundheitsproblemen und Sprachschwierigkeiten Sorge.

4. Für gleichwertige Lebensverhältnisse und starke Kommunen

Wir wollen eine lebenswerte Heimat für ein gutes Leben – in der Stadt wie auf dem Land. Dafür gewährleisten wir starke Kommunalfinanzen mit einem angemessenen Anteil am Steuerverbund und eine leistungsfähige Infrastruktur überall im Land. Mit der Behördenverlagerung bringen wir Behörden und Hochschulen in die Regionen, entlasten die Ballungsräume und geben dem ländlichen Raum neue Impulse. Die erfolgreiche bayerische Heimatstrategie wollen wir fortsetzen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Bayern braucht **starke und handlungsfähige Kommunen**. Wir werden sie auch weiterhin mit einem bestens ausgestatteten kommunalen Finanzausgleich unterstützen. Schwerpunkte sind die Förderung finanzschwacher Kommunen und die Stärkung der Investitionen. Darüber wird im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2019/2020 entschieden. Unser Ziel ist eine Erhöhung der Investitionsmittel nach Art. 10 Bayerisches Finanzausgleichsgesetz (FAG) um zusätzlich 50 Mio. Euro pro Jahr.

Für die Sanierung **kommunaler Schwimmbäder** nehmen wir 20 Mio. Euro pro Jahr in die Hand. Interkommunale Lösungen werden wir besonders berücksichtigen.

Wir werden die **Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen** im Sinne der Kommunen planungssicher regeln. Gleichzeitig muss das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch verlässliche Regelungen und zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten gestärkt werden.

Für die Kompensation der entfallenden Straßenausbaubeiträge werden wir für die Kommunen mit Straßenausbaubeitragssatzung, welche auch tatsächlich vollzogen wurde, im Jahr 2019 100 Mio. Euro und ab 2020 150 Mio. Euro für alle Kommunen als zweckgebundene Pauschalen zur Verfügung stellen, wodurch auch die fiktive Ersterschließung abgegolten wird. Daneben werden wir einen Härtefallfonds in Höhe von 50 Mio. im Jahr 2019 auflegen. Damit können Härtefälle für die Zeit ab 1. Januar 2014 abgedeckt werden. Die Entscheidung darüber trifft eine noch einzusetzende Kommission.

Wir unterstützen die Kommunen bei der **Militärkonversion**. Die von der Militärkonversion betroffenen Kommunen werden wir weiterhin nachhaltig unterstützen. Die vorhandenen Förderinstrumentarien, vor allem das Sonderprogramm Militärkonversion im Rahmen der Städtebauförderung und des Regionalmanagements, werden fortgeschrieben.

Zur Präsenz der US-Streitkräfte in Bayern bekennen wir uns mit aller Klarheit.

Wir **entschleunigen die Städte** und **stärken die ländlichen Räume**. Wir denken das Konzept der Behördenverlagerung weiter und richten dazu Behördensatelliten im Umfeld der Ballungsräume ein. So entlasten wir die Innenstädte von

Pendlerströmen. Zudem werden wir auch künftig Behördenverlagerungen in den ländlichen Raum angehen. Diese werden wir sozialverträglich und unter Beachtung der Belange der Beschäftigten umsetzen. Das ist ein wichtiger Schritt für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land und zur Entlastung der Ballungsräume.

Wir aktivieren die Gestaltungskräfte in den Regionen. Die **regionalen Initiativen** in Bayern sind die starken Entwicklungsmotoren vor Ort. Wir werden Regional- und Konversionsmanagements auch weiterhin kraftvoll unterstützen. Vor allem auf digitale Heimatprojekte wollen wir noch mehr Augenmerk richten. Dazu legen wir eine neue Förderrichtlinie „Heimat Digital“ auf.

Wir stärken die **regionale Wirtschaft**. Wir werden die erfolgreiche Regionalförderung auf hohem Niveau fortführen und weiterentwickeln, um auch künftig zuverlässig und wirksam Arbeit zu den Menschen zu bringen.

II. Menschliches Bayern

1. Für eine fürsorgende Familienpolitik

Familien sind das Herz unserer Gesellschaft. Wir wollen einen Staat, der bei der Unterstützung unserer Eltern, Kinder und Großeltern selbst wie eine große Familie handelt. Wir wollen unsere Familien fördern, ihnen Halt und Hilfe geben, sie aber nicht bevormunden oder gängeln. Wir blicken nicht ideologisch auf das Leben unserer Familien und wollen niemandem vorschreiben, wie er oder sie zu leben hat.

Wichtig ist uns stattdessen, dass wir möglichst optimale Bedingungen für das Aufwachsen unserer Kinder schaffen. Wir wollen eine Familienpolitik aus einem Guss, die Betreuung und Erziehung für alle Phasen der Kindheit in den Blick nimmt – von der Kleinkindzeit über das Kindergartenalter bis zur Schulzeit. Wir sehen die besondere Situation der Alleinerziehenden und werden sie bestmöglich unterstützen. Wir wollen für diejenigen Eltern, die Betreuungsangebote wünschen, flexibel auf ihr Leben abgestimmte Angebote auf höchstem qualitativen Niveau. Zugleich wollen wir Eltern finanziell entlasten – ob sie sich für eine Betreuungslösung entscheiden oder nicht.

Wir sind eine Familienkoalition, die sich um frühkindliche Förderung, vorschulische Betreuung und Ganztagsangebote in der Schule kümmert. Mit einem noch stärkeren Blick auf Wohnungsversorgung und Infrastruktur, mit vielfältigen Unterstützungsangeboten und einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik helfen wir jungen Familien. Ein besonderes Herzensanliegen ist es uns, die ältere Generation nicht alleine zu lassen. Wir stellen deshalb sicher, dass ihnen bei Pflege, Rente und Versorgung die Gerechtigkeit, Liebe und Zuwendung zuteilwird, die sie einst selbst investiert haben.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir bauen das **Angebot an Kinderbetreuung** weiter aus. Wir schaffen 42.000 neue Betreuungsplätze bis 2023 für Kinder von null bis sechs Jahren. Auch danach werden wir kontinuierlich den Ausbau der Kinderbetreuung fortsetzen, um wachsende Bedarfe abzudecken. Die unterschiedlichen Situationen in Stadt und Land nehmen wir dabei besonders in den Blick.

Um den frühkindlichen Bereich zu entlasten, wollen wir flexible Modelle, insbesondere die Kindertagespflege, stärken. Wir finanzieren in den nächsten fünf Jahren 2.000 zusätzliche Tagespflegepersonen, auch um eine bessere Abdeckung von Tagesrandzeiten und in den Ferien noch bessere Betreuung zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir hier neue Wege gehen.

Außerdem wollen wir als Kooperation von Freistaat und Kommunen Kita-Busse einrichten, die den Transport der Kinder von und zur Kita übernehmen. Kommunen, die sich daran beteiligen, erhalten hierzu eine staatliche Förderung.

Wir verbessern die **Qualität der Kinderbetreuung** weiter. Wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher für unsere Kinder. Gegen diesen Fachkräftemangel gehen wir in die Offensive: Wir prüfen eine Zulage für Gebiete mit sehr hohen Lebenshaltungskosten sowie neue Möglichkeiten zur Höherqualifizierung von Quereinsteigern. Wir entlasten die Kita-Leitung von Verwaltungsaufgaben: Mit einem Leitungs- und Verwaltungsbonus können Kita-Träger Unterstützungskräfte für die administrativen Tätigkeiten finanzieren. Wir streben gemeinsam mit Trägern und Gemeinden eine Verbesserung der Rahmenbedingungen an.

Wir weiten die **Kostenfreiheit der Kinderbetreuung** in Bayern deutlich spürbar aus und entlasten Bayerns Eltern. Wir stellen künftig alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei, indem wir in gleicher Weise auch für das erste und zweite Kindergartenjahr monatlich 100 Euro pro Kind gewähren.

Ab dem zweiten Lebensjahr wollen wir ab dem Jahr 2020 ebenfalls monatlich 100 Euro pro Kind zweckgebunden an Eltern gewähren, die tatsächlich Kinderbetreuungsbeiträge mindestens in dieser Höhe (etwa für Krippe und Tagesbetreuung) zahlen. Die Auszahlung erfolgt zentral durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales bei Vorlage eines Nachweises der Einrichtung über die Inanspruchnahme der Krippen- oder Tagesbetreuung.

Das **Bayerische Familiengeld** führen wir fort. Eltern von Kindern im zweiten und dritten Lebensjahr erhalten weiterhin monatlich 250 Euro pro Kind, ab dem dritten Kind sogar 300 Euro.

Das Bayerische Familiengeld wird unabhängig vom Einkommen und einem Kita-Besuch des Kindes gezahlt. Damit gewährleisten wir echte Wahlfreiheit. Wir wollen nicht, dass unterschiedliche Familienentwürfe gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Eltern nicht bevormunden.

Gegenüber dem Bund wollen wir die Anrechnungsfreiheit bei SGB II-Leistungen durchsetzen.

Durch alle diese Maßnahmen verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erhöhen damit die Möglichkeit für Erwerbstätigkeit von Frauen.

2. Für ein gutes Miteinander und eine gerechte Arbeitswelt

Bayern lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die jeden Tag ihr Bestes geben in Familie, Beruf oder Ehrenamt. Sie sichern mit ihrem Engagement unseren gesellschaftlichen Wohlstand und die Finanzkraft unseres Staates. Die Bedeutung eines funktionierenden Arbeitsmarktes ist kaum zu überschätzen. Wir werden alles dafür tun, dass er stabil bleibt. Jeder und jede soll sich in die Berufs- und Arbeitswelt einbringen und dabei mithelfen, den gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern und zu mehren.

Doch es gibt auch schwierige Zeiten im Leben, etwa bei Krankheit oder Arbeitsplatzverlust. Für diese Zeiten ist ein gut aufgestelltes Sozialsystem enorm wichtig. Wer Vollzeit arbeitet, soll ohne staatliche Hilfen leben können. Wir stehen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Solidarität. Wohlstand und soziale Sicherheit, Chancen- und Teilhabegerechtigkeit, die Unterstützung von Menschen mit Behinderung sowie Schutz vor und Hilfe in Notfällen sind Kennzeichen unseres Sozialstaats. Eine solidarische Gesellschaft ist auf ehrenamtliches Engagement angewiesen, dieses wollen wir weiter stärken. Dazu wollen wir das Miteinander der Generationen stärken.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir unterstützen die bayerischen Arbeitnehmer bei den Herausforderungen der **Arbeitswelt 4.0**. Den im Juni 2018 geschlossenen Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 zwischen Staatsregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesagentur für Arbeit setzen wir um und bauen ihn weiter aus: Wir wollen mehr räumliche und zeitliche Flexibilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne zusätzliche Bürokratie schaffen.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von kleinen und mittleren Unternehmen führen wir Bildungsschecks von bis zu 500 Euro ein. Wir setzen Weiterbildungsinitiatoren als digitale Bildungsberater ein.

Wir wollen eine **familienfreundliche und flexible Arbeitswelt**. Familienfreundlichkeit muss zum Standard in der modernen Arbeitswelt werden. Wir wollen mehr familiengerechte Berufe, nicht berufsgerechte Familien.

Wir wollen die gleiche Bezahlung für Frauen und Männer. Daher soll es öffentliche Aufträge nur für Unternehmen geben, die sich dazu verpflichten.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt wollen wir menschlich gestalten und im Sinne der Familien nutzen, etwa durch flexiblere Arbeitszeit- und Arbeitsortregelungen, gerade im Hinblick auf Ruhezeiten oder die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten.

Wir bringen die **berufliche Inklusion** weiter voran. Unser Ziel ist: Menschen mit Behinderung sollen in gleichem Maße von der guten Arbeitsmarktlage profitieren wie Menschen ohne Einschränkungen.

Dazu setzen wir auf Kooperation mit den Arbeitgebern. Wir wollen Information, Beratung und gemeinsame Maßnahmen weiter ausbauen.

Der Freistaat wird als Arbeitgeber auch selbst aktiv und fördert die berufliche Inklusion mit neuen Modellprojekten. Gleichzeitig wollen wir auch weiterhin die Werkstätten als geschützten Lebens- und Arbeitsraum erhalten und stärken.

Bei der EU-Arbeitszeitrichtlinie wollen wir innerhalb des bestehenden gesetzlichen Rahmens mehr Selbstbestimmung für Arbeitnehmer, ohne ihren Schutz aufzuweichen, und mehr Flexibilität für Arbeitgeber. Hier wollen wir vor allem die besondere Situation im Hotel- und Gaststättengewerbe berücksichtigen.

Langzeitarbeitslosigkeit werden wir weiter bekämpfen.

Wir nehmen uns der Anliegen unserer älteren Bevölkerung an. Auf Bundesebene setzen wir uns für die **Mütterrente III** ein: Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern sollen für geleistete Erziehungszeiten genauso viele Entgeltpunkte bekommen wie Mütter mit nach 1992 geborenen Kindern.

Für die deutschen Spätaussiedler wollen wir eine Verbesserung bei der Rente erreichen.

Hinsichtlich der Doppelverbeitragung von **Betriebsrenten** werden wir eine Bundesratsinitiative Bayerns auf den Weg bringen.

Wir wollen generationenübergreifende Wohnformen als unverzichtbare soziale Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum weiter stärken und ausbauen, um den generationenübergreifenden Dialog zu fördern.

Um die Belange aktiver Seniorinnen und Senioren besser zu vertreten, werden wir ein Bayerisches Seniorenmitwirkungsgesetz auf den Weg bringen.

Wir bauen die **Unterstützung für Obdach- und Wohnungslose** weiter aus. Gemeinsam mit den Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen wollen wir das Unterstützungsnetz für Obdach- und Wohnungslose dichter knüpfen. Dazu gründen wir die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern.

Wir kümmern uns um die **Prävention von Gewalt**. Wir werden ein umfassendes neues Konzept zur Prävention jeder Art von Gewalt erarbeiten, das auch neue Ausprägungen von Gewalt und deren frühzeitige Erkennung und Gegensteuerung berücksichtigt. Gewalt gegen Frauen und Kinder werden wir mit aller Konsequenz bekämpfen. Dabei werden wir auch das Bayerische Gesamtkonzept Kinderschutz sowie die Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt gegen Frauen weiterentwickeln und gemeinsam mit den Kommunen die Frauenhäuser und Frauennotrufe stärken.

„**Bayern barrierefrei**“ bleibt uns wichtiges Ziel und Verpflichtung.

Wir öffnen und dezentralisieren Komplexeinrichtungen für Menschen mit Behinderung. Dazu wollen wir ein eigenes Sonderinvestitionsprogramm auflegen.

Die bayerische **Ehrenamtskultur** stärken wir weiter. Die Ehrenamtskarte wollen wir in Zusammenarbeit mit den Landkreisen und kreisfreien Städten weiter ausbauen – als Zeichen des Dankes und der Anerkennung für die engagierten Ehrenamtlichen in Bayern. Wir wollen prüfen, wie wir die Ehrenamtlichen noch besser unterstützen können, etwa durch regionale Ansprechpartner.

Um die bayerische **Brauchtums- und Festkultur** zu stärken, wollen wir sie von Bürokratie entlasten.

3. Für bezahlbares Wohnen

Die angemessene Versorgung unserer Bevölkerung mit Wohnraum ist ein Verfassungsauftrag. Die Anziehungskraft unseres Landes und die starke wirtschaftliche Dynamik verstärken die Nachfrage nach Wohnungen deutlich. In Ballungsräumen und Universitätsstädten ist diese Entwicklung besonders spürbar. Dieser Druck im Markt darf nicht zu Lasten der Schwächeren in unserer Gesellschaft gehen. Bayerns Bürgerinnen und Bürger sollen bezahlbar, sicher, angemessen und mit zeitgemäßem Standard wohnen können. Wir brauchen mehr bezahlbare Wohnungen für Normalverdiener, gleichzeitig wollen wir flächenschonend und klimabewusst bauen und dabei neue Wohnformen fördern – das ist für uns moderner Wohnungsbau. Für dieses Ziel wollen wir alle beteiligten Kräfte aktivieren. Zudem wollen wir den Siedlungsdruck auf die Städte durch mehr Arbeitsplätze und Wohnungen auf dem Land abmildern.

Ein Eigenheim ist für Normalverdiener vielerorts kaum mehr zu finanzieren. Das werden wir ändern. Denn ein Dach über dem Kopf ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Deshalb werden wir hier gegensteuern. Wir wollen, dass mehr Familien Wohnungseigentümer werden.

Unser Ziel ist es, dass bis 2025 in Bayern insgesamt 500.000 Wohnungen errichtet werden. Den größten Teil wird der private Sektor beitragen müssen. Auch die Kommunen sollen ihren Anteil leisten. Über unsere Wohnungsbauförderprogramme unterstützen wir sie und private Bauträger. Der Freistaat selbst soll mit seinen Wohnungsbaugesellschaften 10.000 erschwingliche Wohnungen bauen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir fördern den **sozialen Wohnungsbau**. Der Freistaat stellt im Jahr 2018 für den sozialen Wohnungsbau eine Rekordsumme von rund 886 Mio. Euro zur Verfügung. Das hohe Investitionsniveau wollen wir verstetigen.

Den kommunalen Mietwohnungsbau fördern wir durch die garantierte Fortführung des bisherigen Programms bis 2025. Eine Überarbeitung der Förderbedingungen in Niedrigmietgebieten werden wir mit dem Ziel prüfen, Investitionen anzuregen.

Um die angespannte Mietpreissituation zu lindern, verlängern wir die Bindungsfrist für Sozialwohnungen von 25 auf 40 Jahre. Davon können bis zu 60.000 Mieterinnen und Mieter profitieren.

Wir bauen auch selbst. Wir wollen 10.000 neue Wohnungen bis 2025 mit der neuen **staatlichen Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim** schaffen. Vorrangiges Ziel bleibt die Bereitstellung von Wohnraum für Wohnungssuchende mit niedrigeren Einkommen, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Wir helfen damit z. B. Erziehern, Pflegekräften, Polizeibeamten und Studierenden.

Wir wollen alle in Frage kommenden staatlichen Grundstücke und Konversionsflächen nutzen, damit ausreichend Bauland für die Wohnraumschaffung zur Verfügung steht.

Außerdem werden wir prüfen, ob die staatlichen Hochschulen über bebaubare Flächen verfügen, die den Studentenwerken zur Errichtung von Studentenwohnheimen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Bei staatlichen Wohnungen verzichten wir für fünf Jahre auf Mietpreiserhöhungen.

Wir fördern Eigentum. Dazu dient die bayerische Eigenheimzulage mit einer Grundförderung in Höhe von 10.000 Euro und einer Auszahlung als einmaliger Festbetrag.

Ebenso das bayerische Baukindergeld Plus: 300 Euro zusätzlich zum Baukindergeld des Bundes, damit 1.500 Euro pro Kind und pro Jahr für bayerische Familien. Wir gestalten die Eigentumsförderung als „Einheimischenmodell“ aus.

Wir wollen insbesondere Familien beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer entlasten.

Wir verbessern die **Rahmenbedingungen für mehr privaten Wohnungsbau.** Auf Bundesebene treten wir für bessere Anreize im Wohnungsbau ein, insbesondere im Steuerrecht. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung bei Wohnneubauten ein. Wir brauchen investitionsfreundlichere Bedingungen für den privaten Wohnungsbau.

Wir bringen eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel ein, dass Landwirte Bauland steuerfrei oder steuerbegünstigt aus dem Betriebsvermögen entnehmen dürfen, wenn sie oder Dritte in der Folge Miet- und Eigenwohnraum darauf schaffen oder dadurch Infrastrukturvorhaben ermöglicht werden.

Unser Ziel ist auch, schneller und einfacher zu bauen. Wir überprüfen daher die bautechnische Normung und die Standards (etwa Energieeinsparverordnung). Wir werden uns auf Bundesebene für eine kritische Evaluation der Zusammensetzung der DIN-Ausschüsse im Bereich der bau- und brandschutztechnischen Normierung einsetzen.

Wir werden die Bayerische Bauordnung in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen mit dem Ziel schnellerer Verfahren und günstigerer Lösungen, etwa im Bereich Brandschutz, weiterentwickeln.

Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum das Bauplanungsrecht vereinfachen und zur weiteren Wohnraumaktivierung weiterentwickeln.

Wir wollen das Planen und Bauen durch Digitalisierung vereinfachen und beschleunigen. Dazu treiben wir die digitale Baugenehmigung voran und führen Modellprojekte in ausgewählten Kommunen durch.

Wir unterstützen die Kommunen bei der Festlegung von Sanierungsgebieten und der Durchführung von Sanierungsmaßnahmen und prüfen die Möglichkeit einer Initiative zur Vereinfachung der Vorschriften des Baugesetzbuchs.

Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der Maßnahmen des Wohngipfels der Bundesregierung vom September 2018 ein.

Beim **Bauen in der Stadt** gilt für uns: Wir wollen auch in den Städten mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und bestehende Flächen besser ausnutzen – intelligenter, nachhaltiger und flexibler bauen. Dabei werden wir vor allem bestehende Grünzüge sowie Frischluftschneisen erhalten und die Verkehrserschließung berücksichtigen. Wir setzen auf neue Formen des ökologischen Bauens.

Unsere Innenstrategie lautet: Wir wollen neuen Wohnraum im Bestand schaffen – anwohnerverträglich und mit Rücksicht auf Quartierscharakter und bestehende Grün- und Erholungsflächen.

Wir wollen das **Wohngeld reformieren**. Wir setzen uns gegenüber dem Bund für eine Reform des Wohngelds ein. Es muss dringend an die Lebenswirklichkeit in Bayerns Städten angepasst werden. Wir wollen insgesamt eine Anhebung des Niveaus und den Zuständen in Hochpreisgebieten Rechnung tragen. Wir sind bereit, deutlich mehr für Wohngeld auszugeben. Dazu braucht es aber eine Reform durch den Bund, der die Regeln für das Wohngeld vorgibt und die andere Hälfte der Zahlungen leistet.

4. Für eine menschliche Gesundheits- und Pflegepolitik

Wie menschlich ein Land ist, zeigt sich am Umgang mit denjenigen, die Hilfe brauchen. Deswegen ist es unserer Koalition ein Herzensanliegen, Pflegebedürftige und Kranke nicht alleine zu lassen. Und auch nicht diejenigen, die sich als Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen um sie kümmern. Krankenhäuser, Haus- und Fachärzte, Apotheken, Pflegeeinrichtungen, Heilmittelerbringer und Hebammen müssen weiterhin flächendeckend und wohnortnah zur Verfügung stehen.

Im Alter soll jeder möglichst selbst entscheiden dürfen, ob er in den eigenen vier Wänden bleiben will, die Unterstützung eines Pflegedienstes in Anspruch nehmen oder in einer Wohngruppe leben möchte, ein Pflegeheim vorzieht oder alternative Wohnformen bevorzugt.

Wir sorgen uns um die Menschen und ihre Familien in jeder Lebenslage, von Kindesbeinen an bis ins hohe Alter. Das gehört zu unserem Verständnis von Generationengerechtigkeit und sozialer Sicherheit.

Deswegen werden wir alles dafür tun, dass Pflege und medizinische Versorgung nicht nur effektiv und qualitativ hochwertig sind. Wir schaffen die Bedingungen für eine menschenwürdige und liebevolle Pflege. Wir wollen Patientinnen und Patienten und ihren Angehörigen durch höchste Qualitätsstandards helfen. Unser Ziel ist: Die beste Medizin in Stadt und Land, für jedermann und bezahlbar. Unser Leitmotiv ist die Liebe zum Menschen. Der Patient muss stets im Mittelpunkt stehen. Das wollen wir auch in unserer Mediziner-Ausbildung noch stärker betonen, ebenso bei der Auswahl der Medizinstudenten.

Einen Schwerpunkt werden wir auf die stärkere Einbeziehung der Kommunen legen, da diese den besten Überblick über die örtliche Bedarfslage und mögliche Lösungsoptionen haben. Zudem werden wir den Weg zur Gewinnung des erforderlichen Fachkräftenachwuchses konsequent fortsetzen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir erhalten und stärken die **wohnortnahe medizinische und pharmazeutische Versorgung**. Wir wollen, dass es in Bayern auch zukünftig überall gut ausgebildete Ärztinnen und Ärzte gibt.

Hierzu werden wir die **Mediziner Ausbildung** durch die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020 an die aktuellen Erfordernisse anpassen. Wir erhöhen die Zahl der Studienplätze um über 2.000 Plätze. Für den Zugang zum Studium wollen wir eine Flexibilisierung und zusätzliche eignungsbezogene Zulassungskriterien, z. B. eine Vorausbildung, baldmöglichst umsetzen.

Wir sorgen dafür, dass auch in den ländlichen Regionen Bayerns die medizinische Versorgung gesichert bleibt. Hierzu führen wir eine **Landarztquote** und eine neue **Landarztprämie** ein. Bei der Vergabe von Medizin-Studienplätzen schöpfen wir

alle Möglichkeiten für eine Landarztquote aus. Das Landarztstipendium gewähren wir auch Fachärzten.

Um passgenaue Versorgungslösungen vor Ort zu entwickeln (z. B. in den Gesundheitsregionen Plus), werden wir die Kommunen noch stärker in die Gesundheitsversorgung vor Ort einbeziehen. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, einen Beitrag für die medizinische Versorgung in ihrer jeweiligen Gemeinde zu leisten. Die gute Versorgung durch Apotheken vor Ort wollen wir erhalten.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine bessere und flexiblere Steuerung der Niederlassung von Ärzten mit dem Instrument der kleinräumigen Bedarfsplanung ein.

Wir wollen eine gerechte Mittelverteilung aus dem Gesundheitsfonds unter den Ländern, die den Versorgungsstrukturen Bayerns Rechnung trägt. Daher werden wir beim Bund auf die Einführung eines Regionalfaktors im Risikostrukturausgleich drängen und den Gesundheitsfonds überprüfen.

Wir stärken auch die Heilmittelerbringer (z. B. Physiotherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten) und schaffen als erstes Land das Schulgeld für ihre Ausbildung ab.

Besonders wichtig ist uns eine gesicherte wohnortnahe Versorgung mit **Hebammen und Geburtshilfeeinrichtungen**. Wir wollen die Geburtshilfe-Stationen auch an kleineren Standorten erhalten und wollen erreichen, dass sich wieder mehr Hebammen niederlassen. Daher bieten wir den Hebammen ein Gründerpaket in Höhe von 5.000 Euro an, das ihnen den Einstieg in den Beruf erleichtern soll. Am Hebammenbonus halten wir fest. Die akademische Ausbildung von Hebammen soll an mehreren Orten in Bayern stattfinden. Hierzu wollen wir neben Landshut und Regensburg weitere geeignete Standorte prüfen. Wir setzen uns für eine faire Entlohnung der Hebammen ein.

Wir werden auch künftig flächendeckend eine **qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung** sicherstellen. Wir wollen unsere Krankenhausstrukturen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Wir setzen die Investitionsförderung auf Rekordniveau fort.

Mit gezielten Strukturförderprogrammen (Geburtshilfe, kleine Krankenhäuser) werden wir auch in ländlichen Räumen eine wohnortnahe Krankenhausversorgung sicherstellen. Wir wollen die kleineren Standorte erhalten und weiterentwickeln.

Wir wollen dabei die Träger unterstützen, für jeden Standort ein passendes Nutzungskonzept zu entwickeln. Bei Umstrukturierungen wird sich der Freistaat Bayern aktiv beteiligen.

Wir setzen uns zudem für eine Überprüfung der Betriebskostenfinanzierung auf Bundesebene ein, z. B. durch eine Überarbeitung des Fallpauschalen-Systems.

Auf Bundesebene setzen wir uns auch dafür ein, dass die Krankenhausplanung in der Verantwortung der Länder verbleibt und eine sinnvolle Anpassung der Rahmenbedingungen (z. B. Notfallversorgung) erfolgt.

Für die **Palliativ- und Hospizversorgung** hält die Koalition an allen beschlossenen Ausbauzielen fest. Wir verdoppeln die Versorgungsangebote für schwerst- kranke und sterbende Menschen. In Bamberg errichten wir ein neues Kinder- und Jugendhospizzentrum. Die ehrenamtliche Hospizarbeit werden wir finanziell stärker unterstützen.

Wir wollen die Organspendebereitschaft erhöhen und werden hierzu einen breiten gesellschaftlichen Dialog anstoßen.

Im Zuge einer umfassenden Präventionsstrategie werden wir die Gesundheitskompetenz stärken. Schon im Kindes- und Jugendalter muss ein Bewusstsein für gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung geschaffen werden. Wir fördern die Suchtprävention und Drogentherapie in Bayern.

Wir sorgen für **gute Pflege**. Daher setzen wir die heimatnahe Pflegeplatzgarantie und den Anspruch auf Vermittlung eines Pflegeplatzes um. Pflegende Angehörige verdienen unsere besondere Anerkennung. Am **Landespflegegeld** von 1.000 Euro jährlich halten wir daher fest. Wir setzen die neue staatliche Investitionskostenförderung für Pflegeplätze um und werden hierdurch 1.000 neue stationäre Pflegeplätze und 500 Kurzzeitpflegeplätze schaffen. Die Attraktivität der Kurzzeitpflege werden wir zudem durch einen Abbau von Bürokratie und Dokumentationspflichten unterstützen.

Mit einem Pflegefachkräfteprogramm wollen wir Pflegefachkräfte auf dem heimischen Arbeitsmarkt und aus dem Ausland anwerben. Hierzu werden wir gezielte Anreize und Vergünstigungen schaffen. Durch das Bayerische Aktionsprogramm Arbeiten in der Pflege verstärken wir die Maßnahmen für mehr Fachkräftenachwuchs in der Pflege. Dabei wollen wir Pflegekräfte durch die Bereitstellung staatlicher Wohnangebote unterstützen. Wir helfen Pflegekräften beim Spracherwerb und legen Wert auf die Patientenorientierung.

Wir werden alternative Wohn- und Lebensformen besser fördern, um der steigenden Zahl älterer Menschen mit Pflegebedarf und insbesondere auch der Menschen mit Demenzerkrankung gerecht zu werden.

Wir wollen eine starke und schlagkräftige Interessensvertretung der Pflegenden. Wir werden den Aufbau der Vereinigung der Pflegenden in Bayern fortführen und in der Mitte der Legislaturperiode die derzeitige Konzeption evaluieren.

Mit der Umsetzung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes werden wir flächendeckend Krisendienste für Notfälle errichten, eine regelmäßige Psychotriberichterstattung etablieren und die Selbsthilfestrukturen stärken.

III. Nachhaltiges Bayern

1. Für unsere bayerische Land- und Forstwirtschaft

Bayern ist ein von der Landwirtschaft geprägtes Land und soll dies bleiben. Konventionelle Landwirtschaft ist für uns genauso wertvoll und wichtig wie der biologische Landbau. Bayerische Landwirtschaft ist ökologisch und nachhaltig – sie ist jetzt schon ökologischer als in vielen anderen Ländern. Wir haben kleinere nachhaltige Strukturen in der Landwirtschaft, bäuerliche Familienbetriebe in Haupt-, Zu- und Nebenerwerb anstatt Agrarfabriken, mehr als 9.000 Biohöfe und über 300.000 ha ökologisch bewirtschaftete Flächen. Wir wollen die bayerische Landwirtschaft noch nachhaltiger und innovativer machen und die Existenz möglichst vieler Höfe sichern.

Eine spekulationsgetriebene Landwirtschaft lehnen wir ab und bekennen uns stattdessen in aller Klarheit zu unseren bäuerlichen familiengeführten Betrieben. Landwirtschaftlicher Grund und Boden soll in Bauernhand bleiben. Wir stehen fest an der Seite unserer Almbauern, Fischer, Gärtner, Imker, Jäger, Land- und Forstwirte, Teichwirte, Waldbauern und Winzer. Sie prägen unsere bayerische Kulturlandschaft und liefern hochwertigste Nahrungsmittel, die als bayerische Spezialitäten in aller Welt berühmt sind. Wir brauchen mehr gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft. Hierfür wollen wir von klein auf Bewusstsein schaffen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir gehen den **Bayerischen Weg in der Landwirtschaft** weiter. Dabei liegt uns insbesondere der bäuerliche Familienbetrieb am Herzen. Den zwischen Landwirtschaft und Staatsregierung geschlossenen Pakt zum Eigentum werden wir mit Leben füllen. Damit geben wir ein klares Bekenntnis zum Eigentum ab. Am bewährten Prinzip „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“ halten wir fest.

Wir gestalten die Agrarpolitik in Brüssel und auf Bundesebene aktiv mit. Wir werden bei allen Vorschlägen und Maßnahmen auf den positiven Nutzen für unsere bäuerlichen Strukturen achten und uns für die Interessen dieser Betriebe einsetzen.

Auf europäischer Ebene wollen wir die **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)** nach 2020 als Rahmen für Bayerns Landwirtschaft aktiv mitgestalten. Wir fordern von der EU-Seite insbesondere die Beibehaltung der Zwei-Säulen-Struktur, die finanzielle Ausstattung auf dem bisherigen Niveau in beiden Säulen sowie bei den Direktzahlungen eine deutliche Besserstellung der ersten Hektare über das bestehende Maß hinaus. Wir wollen eine spürbare Reduzierung des bürokratischen Aufwands bei der Umsetzung der GAP.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, an Bewährtem festzuhalten, aber auch neue Akzente zu setzen. Wir fordern insbesondere die Beibehaltung und Absicherung des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems, dessen finanzielle

Ausgestaltung auf mindestens dem bisherigen Niveau, eine Aufstockung der GAK-Mittel und eine Stärkung des Agrarmarktstrukturgesetzes.

Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirte im Steuerrecht. Hierzu gilt es, weiterhin für bessere Rückstellungsmöglichkeiten einzutreten und auch bei Grunderwerbsteuer und Grundsteuer Nachteile zu vermeiden.

Auf Bundesebene streben wir neue Risikoversicherungsinstrumente an, wie etwa Mehrgefahrenversicherungen für die Landwirtschaft.

Wir verfolgen das Ziel, Erzeuger und Verbraucher stärker zusammenzuführen. Dazu wollen wir die **regionalen Vermarktungsstrukturen** und die Wertschöpfung beim Erzeuger stärken und mehr Beratung anbieten. Die Regeln zur Direktvermarktung z. B. auch für „Milchtankstellen“ wollen wir flexibilisieren. Die Erzeuger sollen die Möglichkeit haben, ihre Produkte noch direkter und unmittelbarer an die Verbraucher zu bringen. Dabei wollen wir auch Hilfestellung leisten. Die bayerischen Verbraucher sollen „mehr Heimat auf dem Teller“ haben. Für noch bessere Absatzmöglichkeiten der Qualitätsprodukte aus Bayern wollen wir die Marke Bayern stärken.

Die bundesweite Spitzenposition Bayerns im **ökologischen Landbau** wollen wir kraftvoll ausbauen. Wir wollen den Anteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche in Bayern mittelfristig verdoppeln. Bayern soll gentechnikanbaufrei bleiben.

Davon abgesehen werden wir den Übergang zu modernen Landbewirtschaftungsmethoden unterstützen. Ziel muss es sein, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren und durch umweltfreundlichere Alternativen zu ersetzen. Hierzu braucht es weiterhin die Grünlandforschung und eine fundierte Beratung der Landwirte. Die eigene Forschung wollen wir hier erhalten, auch anwenderorientierte Forschung wollen wir unterstützen.

Bei der Düngeverordnung wollen wir eine praxistaugliche Umsetzung, die einen Interessenausgleich zwischen bäuerlicher Landwirtschaft und Umweltschutz schafft.

Die Akzeptanz der viehhaltenden Betriebe in der Öffentlichkeit ist uns wichtig. Ihnen wollen wir bei der Umstellung auf moderne, besonders tiergerechte Haltungformen helfen und Zukunftschancen erhalten. Um lange Transportwege zu vermeiden und das Tierwohl zu stärken, wollen wir beispielsweise die Regulierung der Weideschlachtung im Einklang mit den EU-Regeln flexibilisieren mit dem Ziel der Zulassung.

Die Privilegierung der Landwirtschaft beim Bauen im Außenbereich wollen wir beibehalten. Die Potentiale der Landwirtschaft im Hinblick auf erneuerbare Energien wollen wir besser nutzen.

Wir helfen den Landwirten bei Modernisierung und Innovation. Wir **modernisieren unsere Landwirtschaft**, indem wir Forschung, Innovation und Digitalisierung

vorantreiben und Ergebnisse und Neuerungen für alle Höfe nutzbar machen. Insbesondere führen wir das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft Digital fort.

Wir machen unsere **Wälder zukunftsfähig**. Am Waldpakt halten wir fest. Dabei ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Waldbauern und Jägern unabdingbar.

Wir unterstützen unsere Waldbesitzer bei der fachgerechten Bewirtschaftung ihrer Wälder auch durch entsprechende Beratungsangebote. Wir passen unsere Wälder weiter an den Klimawandel an. Hierzu bauen wir die Waldumbauoffensive 2030 weiter aus. Wir setzen uns das Ziel, bis zum Jahr 2030 rund 200.000 ha klimatolerante Wälder zu schaffen. Wir wollen den Holzbau fördern und die Marktabsatzchancen auch für das Laubholz erhöhen. Waldbesitzer, Holzhändler und Sägewerke sind wichtige Partner bei der Bewirtschaftung der Wälder und der Vermarktung des Holzes.

Jagd und Forstwirtschaft gehen Hand in Hand und benötigen sich gegenseitig. Wir wollen das System der forstlichen Gutachten weiterentwickeln und waldbauliche Ziele und Waldbewirtschaftungsmaßnahmen besser berücksichtigen. Das bewährte, an Grund und Boden gebundene Jagdrecht wollen wir erhalten.

Wir optimieren die Verwaltungsstruktur. Wir gliedern die Landwirtschaftsverwaltung wieder in die Bezirksregierungen ein und erarbeiten ein Konzept zur zukünftigen Bewirtschaftung der Staatsgüter.

2. Für eine gesunde Umwelt

Wir schützen Mensch, Tier, Umwelt und Klima. Die Bewahrung der Schöpfung ist uns aus Überzeugung Auftrag. Das ist Verantwortung für kommende Generationen und folgt unmittelbar aus unserer christlichen Werteorientierung. Das Prinzip der Nachhaltigkeit gehört zum Kern unserer Politik. Nur in einer gesunden Umwelt kann die hohe Lebensqualität für die Menschen in Bayern erhalten werden. Zur Lebensqualität trägt auch ein Orientierung gebender bürgernahe Verbraucherschutz bei.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir schützen das Klima. Wir geben dem **Klimaschutz Verfassungsrang** und werden ein Bayerisches Klimaschutzgesetz schaffen. Hier wollen wir konkrete CO₂-Ziele verankern. Unser Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner und Jahr zu reduzieren. Unser Klimaschutzprogramm 2050 führen wir fort und entwickeln es weiter. Die weitgehende Klimaneutralität der Staatsverwaltung werden wir prüfen.

Die globalen Klimaschutzziele erfordern konsequentes Handeln zur Emissionsminderung. Deshalb wollen wir mit dem weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien, Stromspeichern und Stromnetzen und dem Ausstieg aus der Kohleverstromung schnellstmöglich vorankommen. Wir müssen als starkes Industrieland unserer Vorbildfunktion gerecht werden. Wir treten auf Bundesebene für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels ein und befürworten Initiativen des Bundes für eine international koordinierte Einführung eines CO₂-Preises. Mit unserem Masterplan „Moore in Bayern“ leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag zum Schutz der Klimas.

Wir werden eine neue Umweltinitiative „Stadt. Klima. Natur“ auf den Weg bringen und damit gemeinsam mit den bayerischen Städten gezielt Akzente zur Entwicklung einer multifunktionalen grünen Infrastruktur setzen. Wir wollen den Erhalt und die Entwicklung von städtischem Grün verbessern und attraktive grüne Inseln in unseren Städten schaffen.

Wir machen Bayern hochwasserfest. Wir werden die **Bayerische Hochwasserstrategie** gezielt weiterentwickeln. Wir optimieren unsere Hochwasserschutzsysteme. Mit dem Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 sorgen wir für einen nachhaltigen Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten, entwickeln gleichzeitig mehr naturnahe Gewässer mit hoher Biodiversität und schaffen wertvolle Gesundheits- und Erholungsräume für die Bevölkerung. Unsere Hochwasserstrategie werden wir stärker auf dezentrale Regenrückhaltung und ein modernes Staustufenmanagement ausrichten. Das Flutpolderkonzept werden wir ohne die Standorte Bertoldsheim und Eltheim/Wörthhof weiterverfolgen.

Unser Wasser bleibt sauber und sicher. Wir sichern die Versorgung mit **hochwertigem Trinkwasser** durch effektiven Grundwasserschutz und umweltgerechte Nährstoffbewirtschaftung in der Landwirtschaft.

Wir stehen für eine zukunftsfähige kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Rahmen von Freihandelsabkommen darf es nicht geben.

Wir schreiben unsere erfolgreiche Strategie zur Sicherung der Wasserversorgung fort und schaffen ein zukunftssicheres Trockenheitsmanagementkonzept für Bayern. Wir wollen nachhaltige und umweltverträgliche Bewässerungskonzepte unterstützen und Pilotprojekte zum Aufbau einer entsprechenden Bewässerungsinfrastruktur in Landwirtschaft, Gartenbau und Weinbau umsetzen.

Wir streben einen Pakt mit der Wirtschaft zur Verringerung von Mikroplastik an. Mit einem Maßnahmenpaket werden wir unnötige Kunststoffabfälle reduzieren. Dabei setzen wir auf eine verbesserte Verbraucherinformation, Stärkung des Recyclings im Inland und der Recycling-Qualität sowie auf die Intensivierung der Forschung. Eine Plastiksteuer und Kunststoffabgabe lehnen wir ab. Wir starten eine Bundesratsinitiative zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetika.

Der **Schutz des Waldes** hat für uns eine besondere Bedeutung. Wir nehmen dauerhaft rund 10 % der staatlichen Waldflächen als nutzungsfreie Naturschutzflächen und Naturwaldflächen von der forstwirtschaftlichen Nutzung aus. Damit leisten wir einen erheblichen Beitrag zur Biodiversität und schaffen ein grünes Netzwerk von Naturwaldflächen.

Wir wollen überall in Bayern der Ökologie mehr Gewicht verleihen und setzen auf die Stärkung der Naturparke. Einen dritten Nationalpark werden wir nicht realisieren.

Der bayerische Alpenraum ist ein Aushängeschild unseres Landes und ein einmaliger Natur- und Lebensraum. Wir wollen ihn schützen und besonders sensibel weiterentwickeln.

Die Änderungen im Alpenplan werden wir rückgängig machen.

Wir **bewahren die Artenvielfalt**. Die Flächen für das Vertragsnaturschutzprogramm wollen wir verdoppeln.

Mit der Naturoffensive Bayern geben wir starke Impulse für Artenschutz, Biodiversität und den Schutz von Lebensräumen. Wir stärken die Naturschutzarbeit und Umweltbildung und realisieren ein Netz aus Naturkompetenzzentren.

Wir wirken dem Insektensterben mit einem ressortübergreifenden Aktionsprogramm für die Insektenvielfalt und mit weiteren Maßnahmen kraftvoll entgegen. Etwa mit der Initiative „natürlich Bayern“ unterstützen wir die Kommunen bei insektenfreundlichen Maßnahmen. Mit einem flexiblen und attraktiven KULAP-

Angebot unterstützen wir mehr extensive Grünlandnutzung und Blühflächen in der Landwirtschaft. Invasive Arten bekämpfen wir mit Konsequenz.

Wir wollen den **Flächenverbrauch** im Freistaat **deutlich und dauerhaft senken**. Ein schonender Umgang mit der Fläche dient dem Schutz unserer Lebensgrundlagen und unserer Heimat. Wir bekennen uns zum Ziel der Bundesregierung, bis 2030 den Flächenverbrauch auf bundesweit unter 30 ha pro Tag zu reduzieren.

Auch in Bayern wollen wir sorgsamer mit der Fläche umgehen. Wir werden daher in Bayern eine Richtgröße für den Flächenverbrauch (Siedlungs- und Verkehrsfläche) von 5 ha je Tag im Landesplanungsgesetz anstreben. Dazu werden wir gemeinsam mit den Kommunen wirkungsvolle Steuerungsinstrumente entwickeln.

Wir starten die bayerische **Entsiegelungsprämie**. Jeder Quadratmeter, der dauerhaft entsiegelt wird, wird finanziell gefördert. Im Rahmen der Städtebauförderung revitalisieren wir nach dem Prinzip „Innen statt Außen“ innerörtliche Leerstände und Brachen und aktivieren vorhandene innerörtliche Flächen- und Gebäudepotentiale. So sparen wir Flächen, erhöhen die Attraktivität von Ortsmitten und Stadtzentren und verbessern das Investitionsklima vor allem im ländlichen Raum.

Wir werden auch im staatlichen Hochbau und im Straßenbau dem Aspekt des Flächensparens und des Ressourcenschutzes stärkeres Gewicht geben. Wir werden prüfen, wie wir unsere Staatsstraßen möglichst flächensparend ausbauen können, z. B. in dem wir uns eng an der bestehenden Streckenführung orientieren und ausladende Kreuzungsbauwerke wo möglich vermeiden.

Die Neuregelungen beim Anbindegebot im Landesentwicklungsprogramm werden wir bis 2020 evaluieren.

Zum Schutz und Erhalt unserer bayerischen Böden schaffen wir Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Bodenmanagement (z. B. Erosionsschutz, Umgang mit Bodenaushub).

Bei geogenen und anthropogenen Bodenbelastungen werden wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen konsequent ausschöpfen, damit Böden bei Baumaßnahmen möglichst im Bereich der Bauvorhaben verbleiben können. Dabei achten wir darauf, dass die Bodenqualität beibehalten und die Schadstoffsituation vor Ort nicht nachteilig verändert wird.

Wir leben und wirtschaften umweltbewusst. Die Umweltpartnerschaft mit der Wirtschaft wollen wir über 2020 hinaus fortführen und mit aktuellen Themenschwerpunkten neu justieren. Wir setzen dabei auf Kooperation, Freiwilligkeit und marktwirtschaftliche Instrumente des Umweltschutzes. Ferner wollen wir die bayerische Spitzenposition in der Umwelttechnologie weiter ausbauen.

Wir verbessern den Tierschutz. Wir schaffen eine staatliche Tierheimförderung, fördern zukunftsweisende Projekte zur Verbesserung des Tierschutzes und unterstützen das ehrenamtliche Engagement.

Wir denken beim Schutz unserer Heimat über Generationen hinaus. Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.

Wir sorgen für bürgernahen, modernen und gesundheitsfördernden **Verbraucherschutz** aus einer Hand. Wir setzen dabei grundsätzlich auf Anreize statt auf Verbote.

Wir starten eine Digitalisierungsoffensive im Verbraucherschutz. Zentrale Elemente sind die Themenplattform Verbraucherbelange am Zentrum Digitalisierung.Bayern, die Digitalisierung der Verbraucherarbeit, die Marktüberwachung des Onlinehandels und die Weiterentwicklung der Verbraucherrechte.

3. Für eine nachhaltige Energie

Energie ist der Treibstoff für unsere Wirtschaft. Versorgungssicherheit und stabile Strompreise sind wesentliche Voraussetzungen für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bayern, für Wohlstand und Arbeitsplätze. Wir werden die wirtschafts- und standortpolitische Dimension der Energiepolitik wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Energiewende, Energieeffizienz und Klimaschutz gehören zu den wichtigsten Fragen der Zukunft. Deshalb setzen wir in der Energiepolitik auf einen verlässlichen, zunehmend nachhaltig erzeugten Energiemix, der unseren Verpflichtungen zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz nachkommt. Energie und Klimaschutz sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, sie sind klar miteinander gekoppelt. Wir wollen Strom, der umweltfreundlich ist und dessen Erzeugung im Einklang mit den Interessen der Bevölkerung und der Wirtschaft steht.

Wir sehen in einer möglichst regionalen und dezentralen Energieversorgung eine große Chance für die Wertschöpfung vor Ort. Bayern muss die Heimat der innovativen Energieversorgung von morgen sein. Wir wollen so viel Energie wie möglich in Bayern produzieren.

Wir setzen den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent fort. Gegenüber dem Bund werden wir bei den Ausschreibungen einen Mindestanteil für Bayern und Süddeutschland einfordern.

Wir bekennen uns zu den Klimaschutzzielen und dazu, dass Bayern wirksam zur Bekämpfung des weltweiten Klimawandels beiträgt. Bayern ist hier bereits gut, wir wollen aber noch besser werden. Wir werden den Weg von der Stromwende zur Energiewende in allen Sektoren vorantreiben.

Wir wollen beste Voraussetzungen dafür schaffen, dass modernste Klimaschutztechnologien in Bayern entwickelt, sektorübergreifend eingesetzt und exportiert werden können.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir wollen die Energiewende bayerisch umsetzen. Für uns ist klar: **Energiewende heißt Stromwende, Wärmewende und Verkehrswende.** Diese Sektoren müssen gekoppelt werden. Alle vorhandenen Potentiale und Möglichkeiten neuer Technologien müssen genutzt werden. Unser Blick ist dabei gleichzeitig auf dezentrale wie zentrale Lösungen gerichtet. Wichtig ist uns, dass vor Ort mehr Wertschöpfung erzielt wird. Die Abkehr und Ersetzung von fossilen Energieträgern ist für uns Bestandteil einer realistischen Energiepolitik. Wir wollen alle Möglichkeiten der CO₂-neutralen Energieerzeugung nutzen. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann aber nur synchron mit dem Netzausbau und intelligenter Steuerung erfolgen.

Um diese Ziele zu erreichen, bauen wir eine **Landesagentur für Energie und Klimaschutz** auf und stellen hierfür 20 Mio. Euro zur Verfügung.

Die aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen sind entscheidende Erfolgsfaktoren für die Energiewende in Deutschland. Insbesondere Dachflächen bieten im **Sonnenland Bayern** ein erhebliches Potential für Solarstrom ohne zusätzlichen Flächenbedarf. Dafür werden wir das 10.000-Häuser-Programm weiterführen und weiterentwickeln. Bei der Solarenergie wollen wir mehr Kapazitäten erreichen und das bayerische Potential ausschöpfen. Hierbei müssen aber die Interessen der produzierenden Landwirtschaft beachtet werden. Wir wollen uns beim Bund dafür einsetzen, den 52-GW Deckel beim Zubau von Photovoltaikanlagen abzuschaffen.

Wir werden den weiteren Ausbau der **Windkraft** im Einvernehmen mit Bürgerinnen und Bürgern und Kommunen voranbringen. Dabei halten wir an der geltenden bayerischen Rechtslage fest. Derzeit scheitert der Ausbau in erster Linie an den Ausschreibungen. Daher werden wir uns für eine Ausweitung des „Süd-Kontingents“ bei Wind- und Photovoltaik-Ausschreibungen einsetzen.

Die **Wasserkraft** in Bayern ist gut ausgebaut. Hier sehen wir Potential bei der Nachrüstung und Modernisierung bestehender Kraftwerke, um mehr Leistung ohne neue Eingriffe in die Natur zu erhalten. Den neuen Mindestwasserleitfaden werden wir praxistauglich gestalten und kleine Wasserkraftwerke dabei schützen.

Für die rund 2.500 Biogasanlagen in Bayern setzen wir uns für verlässliche und zukunftssichere Lösungen nach dem Auslaufen der Förderung ein.

Beim **Netzausbau** werden wir einen starken Fokus auf die regionalen Verteilernetze legen. Bei der Entwicklung des Netzausbauszenarios und des Netzentwicklungsplans wollen wir neben den Netzbetreibern auch die Landesagentur für Energie und Klimaschutz miteinbeziehen, um die neuesten Erkenntnisse und Entwicklungen im Bereich regionaler Flexibilitätsoptionen miteinfließen zu lassen. Dabei gilt das Prinzip Netzoptimierung vor Ausbau.

Als zentrales Element der Energiewende werden wir die **Speichertechnik** in Bayern ausbauen. Wir werden Forschung und Entwicklung zu den verschiedenen Arten von Speichertechnologien vorantreiben. Anlagen wie das geplante Pumpspeicherkraftwerk Riedl werden wir positiv begleiten. Zur Erforschung innovativer Speichertechniken bauen wir an der Universität Bayreuth das Bayerische Zentrum für Batterietechnik auf.

Daneben heben wir die Potentiale der Power-to-Gas-Technologie, setzen uns im Bund für bessere Rahmenbedingungen für diese Technik ein und entwickeln eine bayerische Wasserstoffstrategie.

Als wichtige Säule der **Wärmeversorgung** werden wir die Kraft-Wärme-Kopplung – gerade in Städten, zunehmend aber auch am Land – stärker in den Blick nehmen. Ihr Ausbau ist entscheidend für den Erfolg der Sektorenkopplung in Bayern. Wir streben an, die Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung zu verbessern. Dazu wollen wir das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz über das Jahr 2021 hinaus verlängern.

Wir steigern die **Energieeffizienz**. Daher werden wir auch künftig über Förderung und Beratung die Wärmewende im Gebäudebereich voranbringen. Zwangsmaßnahmen lehnen wir ab. Wir setzen uns beim Bund für die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung ein. Der Freistaat geht hier mit der Sanierung von staatlichen Gebäuden als Vorbild voran. Die bayerischen Kommunen werden wir weiter dabei unterstützen, die Energiewende in ihrem Bereich voranzutreiben. Ein Energieeffizienzfonds soll Unternehmen helfen, hocheffiziente, ressourcenschonende Produktionstechnologien zu entwickeln und die Projekte bis zur Marktreife begleiten. Das Bewusstsein über die Notwendigkeit des Energiesparens wollen wir stärken.

Wir steigern die Akzeptanz für die Energiewende und setzen uns beim Bund für eine Neuausrichtung des **EEG-Fördersystems** ein, hierbei ist auf Bestandsschutz für bestehende Anlagen hinzuwirken. Wir wollen eine Stabilisierung der Strompreise. Die Abgabenlast wollen wir auch durch eine Reform des EEG-Fördersystems hin zu mehr Markt- und Systemintegration senken. Dabei müssen Anreize gesetzt werden, die Stromerzeugung zeitlich und räumlich stärker am Bedarf auszurichten.

IV. Modernes Bayern

1. Für erstklassige Bildung

Bayerns Schulen und alle, die in ihnen zusammenwirken, leisten herausragende Arbeit. Das bayerische Bildungssystem nimmt in den entscheidenden Vergleichstests eine Spitzenstellung ein. Dies verpflichtet uns aber auch, es weiterzuentwickeln und damit seine Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Im Vordergrund steht für uns, allen Schülerinnen und Schülern möglichst optimale Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung zu bieten und damit die Chancengerechtigkeit in unserem Bildungssystem zu erhöhen. Unsere gemeinsame Philosophie bleibt ein klares Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem, das sich durch größtmögliche Durchlässigkeit auszeichnet. Hierzu möchten wir die einzelnen Schularten und ihre Profile – von den Grund-, Förder- und Mittelschulen über die Realschulen und Wirtschaftsschulen bis hin zu den Gymnasien und beruflichen Schulen – auch weiterhin personell und finanziell stärken. Wir sehen dies als Voraussetzung, um künftig noch passgenauere Antworten auf individuelle Fähigkeiten, Interessen und Begabungen einer zunehmend heterogenen Schülerschaft liefern zu können. Damit alle Kinder möglichst gleiche Chancen auf ihrem Bildungsweg haben, wollen wir zudem ein flächendeckend gut ausgebautes Ganztagsangebot.

Für uns steht fest: Unser Bildungssystem lässt sich nicht allein an Testergebnissen messen. Schule ist der Ort, der unseren Nachwuchs formt. Soziales Verhalten, Erziehung zu Demokratie, Persönlichkeits- und Alltagskompetenzen sowie kreative und emotionale Entwicklung sind elementar für ein nachhaltiges und ganzheitliches Bildungsverständnis. Deswegen verstärken wir unsere Bemühungen um eine Schule, die fürs Leben bildet – ganz nach dem Vorbild unserer Verfassung: Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden. Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir wollen in Bayern unser gutes Bildungsangebot eigenverantwortlich und unabhängig vom Bund weiter ausbauen. Vielfalt ist kein Manko, sondern die Stärke des deutschen Bildungswesens. Wir lehnen daher ein bundesweit einheitliches Bildungssystem auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner ab. Am Kooperationsverbot, das die Zuständigkeit der Länder für die Schulpolitik sichert, halten wir nachdrücklich fest.

Unsere **Lehrerinnen und Lehrer** sind das Rückgrat des bayerischen Bildungssystems. Wir wollen die hervorragende Ausbildung unserer Lehrkräfte und ihre Rolle in der Schule stärken. Um unser Spitzenniveau im Bildungsbereich weiter auszubauen, wollen wir 5.000 Lehrerinnen und Lehrer mit qualifizierter Ausbildung bis 2023 neu einstellen. Der Aufwuchs soll schnell beginnen. Unser Ziel ist, Unterrichtsausfall zu vermeiden, kleinere Klassen zu erreichen, eine stärkere

individuelle Förderung zu ermöglichen und weiterhin den Lehrerberuf ohne Seiteneinsteiger decken zu können.

Uns ist bewusst: Mehr Lehrkräfte bedeuten mehr Schulverwaltung. Dem werden wir Rechnung tragen. Zudem bauen wir auch die Leitungsstrukturen weiter bedarfsgerecht aus. Für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir dort Teilzeitmodelle in einem Modellversuch erproben.

Wir setzen das Programm „Schule öffnet sich“ weiter mit insgesamt 500 zusätzlichen Stellen für Schulpsychologen und Sozialpädagogen um und streben ihren weiteren Ausbau an. Auch die Jugendsozialarbeit an Schulen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler bauen wir gemeinsam mit den Kommunen weiter aus.

Mit einer vorausschauenden Bedarfsplanung und einer Stärkung der Mobilen Reserve wollen wir Unterrichtsausfall noch weiter reduzieren.

An der Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer halten wir fest. Mit einem Sonderprogramm werden wir denjenigen befristet Angestellten, die über eine vollständige Lehrerausbildung verfügen und sich als zuverlässige Aushilfen bewährt haben, den Einstieg in den Staatsdienst auf Basis der Verbeamtung ermöglichen. Insgesamt wollen wir das Modell der Befristung weitgehend abschaffen.

Wir wollen alle Lehrerinnen und Lehrer beim Berufseinstieg weiter besserstellen und erhöhen dazu die Eingangsbesoldung durch Streichung der jeweils ersten Altersstufe in allen Besoldungsgruppen.

Wir wollen unsere **Lehrerinnen und Lehrer besser schützen**: Sie haben mehr Respekt, Achtung und Schutz vor Gewalt und Mobbing verdient. Gegen Angriffe auf ihre Autorität mittels digitaler Denunziations-Portale werden wir entschieden vorgehen. Die Gesundheit unserer Lehrkräfte ist uns ein zentrales Anliegen. Dafür werden wir zusätzliche Mittel bereitstellen.

Um die Unterrichtsversorgung bei weiter wachsenden Schülerzahlen auch in Zukunft zu sichern, bauen wir die Studienplatzkapazitäten bedarfsgerecht aus. Die begonnene Zweitqualifizierung für Grund-, Mittel- und Förderschule setzen wir in bewährter Weise fort.

Mit dem Umstieg zum G9 stärken wir das bayerische **Gymnasium**. Über eine Fortentwicklung wollen wir mit allen relevanten Akteuren im Gespräch bleiben. Wir wollen mehr Vertiefung, mehr Schwerpunkte und mehr Wahlangebote. Den G9-bedingten Mehrbedarf beim Schulbau werden wir abdecken und beim Personal vorausschauend planen.

An **Grundschulen** möchten wir der individuellen Entwicklung der Kinder stärker Rechnung tragen. Wir halten am Einschulungstermin fest und führen einen Einschulungskorridor von Juli bis September mit Entscheidung der Eltern ein.

Wir wollen den Lebensweltbezug von Lernen stärken und mehr Praxisangebote, Projektwochen und mehr Betriebspraktika für alle Schularten schaffen.

Auch **Schulen in freier Trägerschaft** sind ein wichtiger Bestandteil der bayerischen Schullandschaft. Die Personalkostenzuschüsse für Privatschulen wollen wir erhöhen und den Beobachtungszeitraum verkürzen, sodass Anpassungen der Zuschüsse schneller an den Schulen ankommen.

Zusammen mit dem Bund setzen wir den **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** im Grundschulalter um. Wir schaffen 10.000 Hortplätze, vernetzen die Systeme und richten unseren Fokus vor allem auf den Ausbau der Rand- und Ferienzeiten.

Auch kleinere Schulstandorte wollen wir durch individuelle, passgenaue und am Bedarf vor Ort orientierte Lösungen sichern.

Wir halten daran fest: Nur wer richtig Deutsch kann und mit unserer Werteordnung vertraut ist, kann am Regelunterricht teilnehmen. Daher führen wir das Konzept der **Deutschklassen** fort. So machen wir Kinder und Jugendliche ohne ausreichende Sprachkenntnisse durch intensive Sprachförderung und Wertekundeunterricht fit für den Regelunterricht. Um den Erfolg des Konzepts zu überprüfen, werden wir spätestens nach zwei Jahren eine Evaluation durchführen.

Mundart ist Teil unserer Identität. Daher führen wir einen Unterrichtsschwerpunkt „Mundart und regionale Kultur“ in der Schule ein.

Wir treiben die **digitale Bildung** kraftvoll voran. Wir verbessern die IT-Rahmenbedingungen an den Schulen. Wir führen die Einrichtung von 50.000 digitalen Klassenzimmern fort und verbessern die IT-Ausstattung an Ausbildungsseminaren und Seminarschulen, begleitet von einer ausreichenden Breitbandanbindung der Schulen.

Wir sichern die Kompetenzen unserer Lehrkräfte durch eine flächenwirksame Fortbildungsoffensive (z. B. Medienpädagogik).

Wir werden Eltern mit neuen Beratungsmodulen unterstützen und in enger Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus eine kompetente Medienerziehung unserer Schülerinnen und Schüler sicherstellen.

Im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir Lösungsansätze für Konzepte zur Wartung und Pflege der IT-Infrastrukturen an den Schulen erarbeiten und umsetzen. Ziel ist im Idealfall ein zentrales, landesweit verfügbares Angebot für Wartung und Pflege, um Systembetreuer und Schulleitungen von diesen zusätzlichen technischen Aufgaben zu entlasten.

Unseren Lehrkräften stellen wir Inhalte und Werkzeuge für eine bessere digitale Bildung zur Verfügung.

Wir stärken die **berufliche Bildung**. Wir stärken den Meister und die duale Ausbildung und bekennen uns klar zur Gleichwertigkeit von akademischer und

beruflicher Bildung. Dazu entwickeln wir Konzepte zur beruflichen Orientierung an all unseren Schulen kontinuierlich weiter.

Um gerade für Mangelberufe genügend Fachkräfte auszubilden, setzen wir auf Schulgeldfreiheit in den Sozial- und Gesundheitsberufen. Wir treiben die Internationalisierung bei der Berufsbildung voran. Wir forcieren unsere Unterstützung bei der Ausstattung der beruflichen Schulen mit Blick auf die Bedarfe durch die Industrie 4.0.

Wir werden **Inklusion** an den bayerischen Schulen stärken. Dazu gehört insbesondere die Wahlfreiheit hinsichtlich des schulischen Weges (Regelschule oder Förderschule), die den Eltern zusteht.

Unsere **Förderschulen** sind unverzichtbare sonderpädagogische Kompetenzzentren und ein Motor für Inklusion in Bayern. Mit der beschlossenen Öffnung der Förderschulen wird der Weg der Vielfalt der Angebote weiter ausgebaut.

Wir entwerfen ein pädagogisches Rahmenkonzept für inklusive Bildung an staatlichen Schulen in Bayern.

Wir stärken die Demokratieerziehung und Wertebildung an den Schulen. Damit stützen wir das Bewusstsein für die Unverhandelbarkeit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Wir werden an unseren Schulen die Rahmenbedingungen der Schülermitverantwortung verbessern.

Der Stärkung der Demokratieerziehung dient insbesondere die Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit. Wir statten die Landeszentrale mit Netz-Experten aus, um junge Menschen im Zeitalter von Fake News und Filterblasen frühzeitig für die Risiken des Internets zu sensibilisieren.

Wir werden die Erinnerungsarbeit in Bayern stärken. Dazu entwickeln wir sie mit einem Gesamtkonzept weiter.

Wir geben Extremismus und Antisemitismus keinen Raum. Wir werden daher einen Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus berufen.

2. Für Spitzenniveau in Forschung und Lehre

Wissenschaft und Forschung sind unsere Türen in die Zukunft. Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen sind die Pfeiler unserer bayerischen Hochschullandschaft. Der wirtschaftliche Erfolg Bayerns, aber auch unser guter Ruf in der Welt der Forschung sind abhängig davon, dass wir kontinuierlich und mutig unseren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden und Institutionen erstklassige Rahmenbedingungen für ihre Arbeit bieten. Wir wollen die großen Trends der Zukunft identifizieren und ihre Erforschung forcieren. Dabei gehen wir auch ungewöhnliche Wege, wenn wir von ihnen überzeugt sind. Wir bekennen uns zum Exzellenzansatz.

Die Regionalisierungsstrategie wollen wir fortführen. Wir stehen für eine strategische Wissenschaftspolitik, die den Herausforderungen der Internationalisierung und Digitalisierung Rechnung trägt.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir entwickeln die bayerische **Hochschullandschaft** planmäßig weiter und verbessern die Lehr- und Studienbedingungen. Wir setzen alle bereits beschlossenen Hochschulprojekte weiter um – von dem Augsburger Universitätsklinikum, der neuen Technischen Universität Nürnberg, dem Ausbau der Technischen Hochschule Ingolstadt bis hin zur Technischen Hochschule Rosenheim. Im Endausbau werden wir mindestens 18.000 Studienplätze mit der dazugehörigen personellen Ausstattung neu schaffen.

Wir werden die Hochschulen in die Lage versetzen, die in den vergangenen Jahren stetig gewachsenen Aufgaben zu meistern – Heterogenität der Studienanfänger, Internationalisierung, Weiterbildung von Berufstätigen, lebenslanges Lernen, Forschung, Transfer und Kooperationen mit Unternehmen sowie die voranschreitende Digitalisierung sind nur einige Beispiele hierfür. Durch eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen werden wir die Eigenständigkeit der Hochschulen gewährleisten, eine Grundlagenforschung auf Spitzenniveau ermöglichen und die Lehr- und Studienbedingungen verbessern.

Wir werden die soziale Situation der Studierenden und die Arbeitsbedingungen des Hochschulpersonals genauer in den Blick nehmen. Wir wollen mehr Stellen insbesondere im Mittelbau, befristete Anstellungsverhältnisse, die nicht der Qualifizierung dienen, deutlich reduzieren und die Situation der Lehrbeauftragten verbessern. Für die Studierenden schaffen wir in den Universitätsstädten mehr Wohnraum und Beratungsangebote.

Der frühere deutsche **Diplomabschluss** genießt im In- und Ausland ungebrochen einen hervorragenden Ruf. Wir wollen Modelle prüfen, wie wir in bestimmten Studiengängen auch wieder Diplomabschlüsse anbieten können. Bei den Lehramtsstudiengängen sowie bei Jura und Medizin halten wir an Staatsexamen als Abschluss fest.

Duale Studiengänge und ihre hervorragende Verbindung aus Theorie und Praxis wollen wir ausbauen.

Wir investieren in die Gebäudesubstanz an Hochschulen und Universitätsklinika. Damit erhalten und erneuern wir das bauliche Fundament für exzellente Wissenschaft wie für gute Studienbedingungen für Generationen von Studierenden.

Wir holen **die besten Köpfe nach Bayern**. Wir bieten herausragenden wissenschaftlichen Leistungsträgern aus dem In- und Ausland noch attraktivere Konditionen, um sie für bayerische Hochschulen zu gewinnen. Damit stärken wir Bayerns Position als führender Forschungsstandort weiter.

Wir gewinnen **mehr Professorinnen** für Bayerns Hochschulen. Die gezielte Förderung von Frauen in Wissenschaft und Forschung ist uns ein wichtiges Anliegen. Daher wollen wir den Anteil der Professorinnen erheblich erhöhen.

Wir bauen die **außeruniversitäre Forschungsinfrastruktur** weiter aus. Wir wollen die Fraunhofer-Gesellschaft und die Max-Planck-Gesellschaft in Bayern weiterhin strukturell stärken und zusätzliche Institute mit Hauptsitz in Bayern aufbauen.

Wichtige Leuchtturmprojekte sind:

- Aufbau des Informatik-Bereichs in Garching unter Federführung der Fraunhofer-Gesellschaft.
- Ausbau der Fraunhofer-Standorte Straubing und Sulzbach-Rosenberg.
- Ausbau des Höchstleistungsrechners SuperMUC-NG am Leibniz-Rechenzentrum Garching mit dem Ziel der Entwicklung eines Quantencomputers.
- Errichtung eines außeruniversitären Forschungsinstituts für Immunologie als Teil der Leibniz-Gemeinschaft in Regensburg.
- Realisierung des Hochleistungssequenzierungszentrums am Helmholtz Zentrum München.
- Stärkung und Aufbau des Helmholtz-Instituts für RNA-basierte Infektionsforschung in Würzburg (HIRI) und des Helmholtz-Instituts Erlangen-Nürnberg (HI ERN).
- Ausbau des Fraunhofer-Zentrums für Hochtemperatur-Leichtbau HTL in Bayreuth.

Wir wollen Bayerns **Spitzenforschung** kraftvoll ausbauen. Wir machen Künstliche Intelligenz zur bayerischen Schlüsseltechnologie. Mit dem bayernweiten Kompetenznetzwerk „Künstliche Maschinelle Intelligenz“ wollen wir Bayern zu einem international führenden Standort weiterentwickeln.

Wir stärken massiv die Spitzenmedizin und Medizinforschung in Bayern. Insbesondere bauen wir das bayernweite Bayerische Krebsforschungszentrum auf, richten am Deutschen Herzzentrum München einen digitalen OP-Saal für Kardiologie ein und fördern die Forschung und Entwicklung in der Healthcare-Robotik.

Mit unserem **Luft- und Raumfahrtprogramm** entwickeln wir Lösungen für konkrete Probleme der Menschen, etwa in der Medizin, der Ökologie, der Landwirtschaft und dem Hochwasserschutz. Durch Erdbeobachtung und präzise gesteuerte Technik können wir z. B. den Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft massiv verringern.

Auch deswegen stärken wir die Luft- und Raumfahrt in Bayern. Mit dem bayerischen Luft- und Raumfahrtprogramm wollen wir die Forschung und Entwicklung in Hochschulen an geeigneten Standorten in ganz Bayern und in der Industrie stärken. Auf dem Traditionsstandort Ludwig-Bölkow-Campus in Ottobrunn/Taufkirchen wollen wir die dort vorhandenen Kompetenzen ausbauen und die größte Fakultät für Luft- und Raumfahrt Europas einrichten. Daneben fördern wir die Entwicklung autonomer Luftfahrtsysteme und errichten eine 400 Meter lange Hyperloop-Teststrecke zur Erforschung der Mobilität von morgen.

3. Für lebendige Vielfalt in Kunst und Kultur

Bayern ist ein Kulturstaat. Die kulturelle Vielfalt ist ein Markenzeichen Bayerns. Bayern hat Museen, Opernhäuser, Theater und eine Vielzahl von kulturellen Ereignissen von Weltruf. Wir wollen Künstler und ihre Häuser und Projekte fördern und den Ruf Bayerns als weltweit führender Kulturstandort mehren. Dabei gilt es, eine Gesamtstrategie für Stadt und Land zu verfolgen: Wir wollen Kunst und Kultur in ganz Bayern aktiv pflegen und fördern. Es geht uns darum, die geistigen Werte Bayerns auch für nachfolgende Generationen zu sichern. Der Erhalt und die Pflege von Baudenkmalern gehören für uns ebenso dazu wie die Förderung von Museen und Galerien, Theater und Kino, Orchester und Musikvereine, Bibliotheken und Archive sowie Vereine.

Den Kommunen kommt hierbei eine tragende Rolle zu, denn dort spielt sich das kulturelle Leben ab. Wir wollen deshalb Fördermittel möglichst dezentral und gerecht verteilen, damit sie allen zugutekommen. Hierbei spielt auch die Förderung des Nachwuchses in den zahlreichen Vereinen eine besondere Rolle. Sowohl Tradiertes als auch Avantgardistisches, Spitzen- und Breitenkultur, bedürfen einer angemessenen und gleichberechtigten Unterstützung. Wir machen uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Kunst- und Kulturschaffenden und deren angemessene Förderung stark.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Unsere Opernhäuser, Theater, Museen, Bibliotheken und Archive und Denkmäler in Bayern sind ein herausragendes Erbe. Dieses für nachfolgende Generationen zu erhalten und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln, ist eine zentrale kulturpolitische Verpflichtung.

Wir wollen insbesondere folgende Projekte in dieser Legislaturperiode weiter vorantreiben: die Errichtung der Konzerthäuser in München und Nürnberg, die Erweiterung des Museums für Mensch und Natur zu einem BIOTOPIA-Naturkundemuseum Bayern, die Sanierung der Neuen Pinakothek, die Sanierung des Hauses der Kunst und die bauliche Weiterentwicklung des Kunstareals in München. Daneben führen wir die Generalsanierung des Deutschen Museums fort.

Wir sind stolz auf unsere **vielfältigen Kulturangebote**. Hochklassige Kulturangebote finden nicht nur in staatlichen Einrichtungen und nicht nur in engen Grenzen einzelner Kultursparten statt. Auch kommunale und freie Träger tragen zur großen kulturellen Vielfalt bei. Auch sie wollen wir stärker unterstützen. Wir bauen die Kulturförderung für die nicht-staatlichen Kultureinrichtungen, aber auch für spartenübergreifende Kulturprojekte aus. Neben dem Kulturfonds, der hier als Impulsgeber wirken kann, ist die verbesserte Förderung kommunaler Theater nach dem FAG ein wichtiger Baustein.

Die kulturelle Teilhabe und Bildung wollen wir stärken. Wir wollen die Förderung von Dialekt und Brauchtum ausweiten. Dazu gehört die Situation der

Musikschulen, aber auch eine stärkere Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen mit Kindergärten und Schulen, um Kinder und Jugendliche frühzeitig für Kunst und Kultur zu begeistern.

Der Kunst- und Kreativwirtschaft wollen wir gute Bedingungen zur Entfaltung bieten.

Heimatvertriebene und Aussiedler bereichern unser Land mit ihrem kulturellen Erbe und verdienen unseren besonderen Respekt.

Neben der Realisierung des Sudetendeutschen Museums in München gründen wir in Nürnberg ein Kulturzentrum für die Deutschen aus Russland und prüfen ein weiteres für die Donauschwaben und Siebenbürger Sachsen.

4. Für eine erfolgreiche Wirtschaft

Der Wirtschaftsstandort Bayern hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt. In den letzten zehn Jahren wurden in Bayern über eine Million Arbeitsplätze neu geschaffen. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht Vollbeschäftigung. Wir wollen uns aber nicht ausruhen auf Erfolgen und Rekorddaten. Diese sind keine Garantie für die Zukunft. Wir bekennen uns klar zum Leistungsprinzip: Wir wollen mit voller Kraft heute schon das wirtschaftlich starke Bayern von morgen schaffen. Wir wollen neue Märkte entdecken und gleichzeitig unsere bestehende Struktur noch krisenfester und stabiler machen. Digitale und globale Trends wollen wir mitgestalten und so für uns nutzen, dass sie unserer Wirtschaft Chancen bieten.

Verlässlichkeit, beste Ausbildung und Wachstumsförderung sind Grundpfeiler unserer Wirtschaftspolitik. Wir setzen auf den Pioniergeist, den Einsatz und die professionelle Qualität unserer Unternehmer, Arbeitnehmer und Freiberufler, die den Freistaat groß gemacht haben – ob im Handwerksbetrieb, im Gründer-Büro oder im Dax-Konzern.

Besonders Mittelstand und Handwerk sind tragende Säulen der bayerischen Wirtschaft. Sie haben andere Ansprüche als Weltkonzerne und benötigen andere Voraussetzungen. Wir werden die bayerische Wirtschaftspolitik besonders auf den Mittelstand ausrichten, z. B. in der Wirtschafts- und Forschungsförderung. Wir wollen Hemmnisse abbauen, Förderungen verstärken und zugleich mutig und traditionsbewusst nach vorne gehen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir sichern die Fachkräftebasis und stärken die berufliche Bildung. Mit dem **Bayerischen Fachkräfteprogramm** unterstützen wir unsere Betriebe gezielt, bedarfsgerecht qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden – insbesondere im eigenen Land.

Berufliche und akademische Bildung sind gleichermaßen wertvoll. In beiden ist Bayern Vorbild – das soll so bleiben. Wir werten die duale Berufsausbildung auf und wollen die Vergleichbarkeit mit Hochschulabschlüssen weiter verbessern.

Der **Meistertitel** steht für die hohe Qualität der dualen Ausbildung. Wir wollen ihn erhalten und werden ihn noch weiter stärken. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass der Meisterbrief wieder für mehr Gewerke verpflichtend wird. Den Meisterbonus der Bayerischen Staatsregierung werden wir von 1.500 auf 2.000 Euro erhöhen.

In die **berufliche Bildung** werden wir noch mehr investieren. Wir stärken die duale Ausbildung durch die konsequente Fortführung der Allianz für starke Berufsbildung in Bayern.

Unsere **industriellen Kernkompetenzen** wollen wir erhalten. Eine klare Stärke Bayerns ist der breit aufgestellte Industriemix. Vom großen Konzern über den

mittelständischen Spezialisten, vom High-Tech-Unternehmen bis zum alteingesessenen Traditionsbetrieb haben wir ein breites Spektrum an äußerst produktiven Unternehmen.

Einer unserer Schwerpunkte ist und bleibt die Automobilindustrie. Wir bekennen uns klar zum Auto. Den Pakt zur Zukunft der Fahrzeugindustrie in Bayern mit Wirtschaft und IG Metall vom Juni 2018 setzen wir weiter um.

Wir geben dem **Gründerland Bayern** zusätzlichen Schub. Wir bauen sieben zusätzliche Digitale Gründerzentren außerhalb der Ballungsräume auf – eines in jedem Regierungsbezirk. Wir richten den GründerHub Bayern ein – für effektive Beratung und Koordination der Gründerzentren und Gründer in allen Regierungsbezirken. München soll zu einem führenden Standort für Start-ups im Banken- und Versicherungsbereich werden. Wir bauen unsere Existenzgründerprogramme aus und verbessern die Information und Transparenz der Fördermöglichkeiten.

Wir verbessern die Sichtbarkeit der Gründerszene durch eine neue Imagekampagne für das Gründerland Bayern. Wir bauen eine Existenzgründerdatenbank auf. Wir wollen gerade Existenzgründer von unnötiger Bürokratie befreien. Dazu führen wir insbesondere den Runden Tisch zum Bürokratieabbau bei Gründungen fort und setzen uns auf Bundesebene weiter nachdrücklich für Verbesserungen im Steuerrecht sowie bei Statistik- und Dokumentationspflichten ein. Hier werden wir eine Abstufung nach Klein-, Mittel- und Großunternehmen prüfen.

Wir wollen die Akquise privaten Gründerkapitals neben dem staatlichen Wachstumsfonds verbessern. Im Bund setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen zur Gründerfinanzierung ein. Wir werden ein digitales Starterpaket für Gründer prüfen, vor allem die Garantie eines Glasfaseranschlusses für jeden Gründer. Wir werden Unternehmensgründungen digital und an einem Tag ermöglichen und wollen Start-ups bei öffentlichen Ausschreibungen besser berücksichtigen.

Soziales Unternehmertum („Social Entrepreneurship“) wollen wir fördern, da dieses mit innovativen und pragmatischen Ansätzen zur Lösung sozialer Probleme beiträgt.

Wir stärken **Mittelstand und Handwerk** und fördern Unternehmensansiedelungen. Wir starten eine digitale Transformationsoffensive zum Auf- und Ausbau neuer digitaler Geschäftsmodelle. Wir investieren in die Modernisierung überbetrieblicher Bildungsstätten. Mit dem Fünf-Punkte-Plan „Handwerk Innovativ“ unterstützen wir betriebliche Bildung, Kompetenzentwicklung, Wissenstransfer und Digitalisierung. Den **Digitalbonus** für kleine und mittlere Betriebe führen wir fort.

Mit der neuen Wirtschaftsagentur Bayern verbessern wir Unternehmensansiedelungen in Bayern. Insbesondere fördern wir mit „Invest daheim“ gezielt Ansiedlungen in ländlichen Räumen. Dazu statten wir den neuen Bayerischen Investitionsfonds mit einem Startkapital von 50 Mio. Euro aus.

Mittelstand und Handwerk wollen wir **von unnötiger Bürokratie entlasten**. Wir prüfen Bundesratsinitiativen zur Abschaffung der Vorfälligkeit der

Sozialversicherungsbeiträge sowie zur Verringerung der ausufernden Bürokratie im Bereich der Mindestlohn-Dokumentation.

Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) und die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) wollen wir erhalten.

Um auch die freien Berufe zu stärken, schützen wir ihr Selbstverwaltungssystem sowie das nationale Berufszugangsrecht und erhalten die Berufskammern. Das Fremdkapitalverbot behalten wir bei.

Wir brauchen starke Banken für einen starken Mittelstand. Wir stehen zum **dreigliedrigen Bankensystem** aus Sparkassen, Genossenschafts- und Geschäftsbanken. Es hat sich in der Finanzmarktkrise als Garant der Stabilität erwiesen. Wir setzen uns ein für eine Bankenregulierung mit Augenmaß, um die Wettbewerbschancen gerade der kleineren und regionalen Banken sowie der Förderbanken zu bewahren. Denn unsere mittelständischen Unternehmen sind auf Finanzpartner angewiesen, die ihre Bedürfnisse verstehen und ihre Sprache sprechen.

Bayern soll das **Land der Innovationen** bleiben. Wir forcieren den Kompetenzaufbau in der Batterieforschung. Wir setzen den Aufbau des Bayerischen Zentrums für Batterietechnik (BayBatt) an der Universität Bayreuth weiter fort. In Straubing entwickeln wir ein Verbundzentrum für umweltfreundliche synthetische Kraftstoffe. Bei der Querschnittstechnologie der additiven Fertigung hat Bayern eine Spitzenposition, die wir stärken wollen.

Die Forschungsschwerpunkte Photovoltaik, Wasserstoff und Brennstoffzelle bauen wir weiter engagiert aus. Wir etablieren Bayern im Zukunftsmarkt der Robotik, insbesondere mit dem Aufbau der Munich School of Robotics and Machine Intelligence an der Technischen Universität München und des Healthcare-Robotik-Zentrums in Garmisch-Partenkirchen.

Wir begleiten die bayerische Wirtschaft im Ausland. Wir werden die bayerische Wirtschaft bei ihren internationalen Aktivitäten weiter bestmöglich unterstützen, dabei werden wir unsere Instrumente der **Außenwirtschaftsförderung** noch stärker und umfassender auf kleine und mittlere Unternehmen ausrichten und ihren Zugang zu den Vertretungen und Repräsentanzen des Freistaats Bayern im Ausland verbessern. Mit Blick auf den Brexit erwägen wir, eine Repräsentanz des Freistaats Bayern im Vereinigten Königreich zu eröffnen. Insbesondere werden wir die Gründerszene bei einer frühzeitigen Internationalisierung unterstützen.

Wir stehen für **freien und fairen Welthandel**. Neben der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sind wir auch auf den Export unserer hochwertigen Waren- und Dienstleistungen angewiesen. Wir sind gegen Protektionismus. Wir werden die bayerische Wirtschaft bei ihren internationalen Aktivitäten unterstützen und uns dabei für einen freien, fairen und regelbasierten Rahmen im Welthandel einsetzen. Wir bekennen uns klar zur exportorientierten Wirtschaft. Sie sichert unseren Wohlstand in Bayern. Gleichzeitig sind uns faire Bedingungen zu unseren bewährten Standards wichtig. Einen „Wettbewerb nach unten“ darf es nicht geben.

Bayern als Industriestandort, seine Unternehmen und insbesondere seine Schlüsselindustrien müssen wirksamer vor unfairen nicht-marktwirtschaftlichen Wettbewerbssituationen geschützt werden: Die Prüf- und Eingriffsschwelle für ausländische Übernahmen muss abgesenkt werden.

Wir machen das **Tourismusland Bayern** wettbewerbsfest. Wir führen die beschlossene Tourismusoffensive fort. Wir werden Modernisierungen für mehr Gastlichkeit, Qualität und Barrierefreiheit in unseren Dorf- und Gastwirtschaften fördern. Die Gastronomie ist im Tourismusland Bayern ein wichtiger Wirtschaftszweig und sichert zahlreiche Arbeitsplätze. Aber es geht noch um etwas anderes. Die bayerische Wirtshauskultur ist nicht umsonst weltberühmt. Mit kostenlosen Beratungen und Förderprogrammen setzen wir uns für ihren Erhalt ein.

Am neuen bayerischen Zentrum für Tourismus in Kempten planen wir die Zukunft des Tourismuslandes Bayern: noch mehr Digitalisierung, verbessertes Marketing und ein nachhaltiger und sanfter Tourismus, der Mensch und Natur in Einklang sieht. Ebenso wollen wir uns für eine positive Entwicklung der bayerischen Kur- und Heilbäder einsetzen und sie zu Premiumstandorten für Gesundheit und Wellness machen.

Auch auf Bundesebene werden wir für bessere Rahmenbedingungen für den bayerischen Tourismus eintreten: Wir wollen Steuererleichterungen durchsetzen, insbesondere bei der Anpassung der Servicepauschale und der Entlastung bei freier Unterkunft und Verpflegung von Auszubildenden. Wir werden Verbraucherschutzthemen ernst nehmen und den Dialog mit den Verbänden suchen.

5. Für nachhaltige Mobilität

Wir wollen für Bayern ein Verkehrssystem der Zukunft, in dem sich die Stärken der einzelnen Fortbewegungsmittel ergänzen. Im Ballungsraum geht es um einen Dreiklang: Wir brauchen im öffentlichen Nahverkehr mehr Linien, mehr und modernere Fahrzeuge und günstigere Tickets. Auch auf dem Land wollen wir die individuelle Mobilität erhalten. Ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Bussen, Bahnen, Autos und Fahrrädern ist unser Konzept, um auch in Zukunft die Verkehrsmittel für eine immer mobiler werdende Gesellschaft bereitzustellen.

Eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs ist Kernthema in einer mobilen Gesellschaft. Wir setzen auf moderne, bezahlbare und nachhaltige Angebote. Fahrverbote kommen nicht in Frage. Wir wollen starke und leistungsfähige Systeme überall in Bayern – in den Städten wie im ländlichen Raum. Bayern soll ein Autoland bleiben und gleichzeitig einen erstklassigen und verlässlichen öffentlichen Nah- und Fernverkehr bieten.

Wir wollen eine Infrastruktur, die mit dem Wachstum unseres Landes Schritt hält. Dabei richten wir unser Augenmerk auch auf die intelligente Vernetzung bestehender Verkehrswege und den bestandsnahen Ausbau vorhandener Infrastruktur. Wir werden für eine nachhaltige und bezahlbare Mobilität für unsere Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen sorgen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir werden den **öffentlichen Personennahverkehr** deutlich stärken und Zugangshemmnisse zum öffentlichen Verkehr abbauen. Dazu gehört neben dem weiteren Ausbau der Barrierefreiheit auch die Vereinfachung des Tarif- und Ticketsystems: Wir wollen einheitliche Tarif- und Verbundstrukturen in den regionalen Verkehrsräumen voranbringen. Ziel ist die Einführung eines einheitlichen bayernweiten elektronischen Tickets nach dem Prinzip „Ein Klick – ein Ticket“.

Für die großen Städte München, Nürnberg/Fürth/Erlangen, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt und Würzburg wollen wir auf Dauer ein **365-Euro-Jahresticket** einführen. Auf dem Weg dorthin schaffen wir innerhalb der Verkehrsverbünde die Voraussetzungen für neue Tarifangebote für Jugendliche sowie Schülerinnen und Schüler.

Wir werden die kommunalen Aufgabenträger beim notwendigen Ausbau der Infrastruktur und der Ausweitung des Verkehrsangebotes finanziell unterstützen. Um gleichzeitig den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum zu stärken, werden wir die ÖPNV-Zuweisungen von 75 Mio. Euro auf nahezu 100 Mio. Euro aufstocken.

Genauso wichtig sind uns die Verbesserung der Fahrgastinformation sowie Anreize zur Verbesserung der Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Fahrgastfreundlichkeit, gerade auch während Bauphasen.

Das Reisen in öffentlichen Verkehrsmitteln soll auch durch WLAN in Zügen und in Bussen – auch in vorhandenem Bestand – sowie gepflegtere Bahnhöfe attraktiver werden.

Durch die gezielte Unterstützung von leistungsfähigen bedarfsorientierten Bedienformen (SmartBus, Flexibus, Bürgertaxi etc.) soll ein **flächendeckendes Mobilitätsangebot** im gesamten Freistaat geschaffen werden, insbesondere im ländlichen Raum.

Bayernweit fördern wir die Anschaffung von 2.000 Bussen, 100 Trambahnen sowie 50 U-Bahnen.

Der Ausbau des Bahnknotens München erfolgt wie festgelegt. Im Großraum München wollen wir die Erreichbarkeit des Flughafens verbessern sowie auf allen Linienästen einen durchgehenden 20-Minuten-Takt bei der S-Bahn realisieren, soweit dies infrastrukturseitig möglich ist. Daneben treiben wir die Realisierung eines S-Bahn-Ringes voran und schaffen bis dahin ein Vorläufersystem aus Expressbussen.

Wir unterstützen innovative Zukunftsprojekte, wie etwa urbane Seilbahn-Vorhaben, innovative Personennahverkehrssysteme und die Entwicklung von Flug-Taxis als öffentliche Verkehrsmittel.

Im **Schiennenpersonennahverkehr** wollen wir den „Bayerntakt“ sukzessive so flächendeckend wie möglich zum Stundentakt ausbauen. Taktverdichtungen und Kapazitätserweiterungen insbesondere im Zulauf auf die Ballungsräume wollen wir bedarfsgerecht umsetzen. Die bestehenden Lücken werden wir durch landesbedeutsame Expressbuslinien schließen und somit neue Querverbindungen schaffen. Stillgelegte Eisenbahnstrecken wollen wir dort reaktivieren, wo es sinnvoll und möglich ist.

Wir werden **Mensch und Umwelt** noch besser vor den Auswirkungen des Verkehrs schützen.

Wir wollen, dass auch in den großen Städten die Luft sauberer wird. Das bayerische Maßnahmenpaket zur Luftreinhaltung setzen wir konsequent um. Wir bekennen uns zum Automobil und lehnen Fahrverbote ab. Für die berechtigten Interessen der Verbraucher werden wir uns einsetzen.

Wir fördern **innovative Antriebstechniken und E-Mobilität** auf Straße und Schiene. Dabei gilt für uns: Neutralität allen Antriebsformen gegenüber. Wir wollen die Umstellung der Fahrzeugflotten im öffentlichen Personennahverkehr auf Hybrid- und Elektrobusse beschleunigen. Dabei gehen wir mit gutem Beispiel voran und wollen im staatlichen Fuhrpark den Anteil der Elektroautos bei Neuzulassungen von geeigneten Fahrzeugen auf 20 % erhöhen.

Ein deutlicher Ausbau bei Elektrofahrzeugen ist nicht nur durch die CO₂-Vorgaben der EU-Kommission gefordert, sondern sichert auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Wir setzen die bisherigen Maßnahmen zur Etablierung und Stärkung der

Elektromobilität fort und entwickeln sie weiter. Insbesondere setzen wir den Umweltbonus fort und passen wo nötig die Förderbedingungen an, stärken den Ausbau der öffentlichen und privaten Ladeinfrastruktur und verbessern die rechtlichen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter.

Auch auf der Schiene setzen wir den Kurs zu noch mehr Effizienz und Umweltfreundlichkeit konsequent fort – durch die weitere Elektrifizierung von Bahnstrecken, die Erprobung und den Einsatz von Hybrid-Antrieben und die Entwicklungsförderung für Wasserstoffzüge. Wir wollen eine Modellstrecke für einen Wasserstoffzug beziehungsweise Hybridlösungen schaffen.

Bei der Planung von Elektrifizierungen wollen wir als Freistaat verstärkt in Vorleistung gehen.

Wir **vernetzen Verkehrsträger und Verkehrsmittel** – digital, baulich und organisatorisch. Wir wollen im Personen- wie im Güterverkehr den Übergang zwischen den Verkehrsmitteln so einfach wie möglich machen und diese dazu besser vernetzen. Hierzu gehört insbesondere der Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur und weiterer Haltepunkte, der Ausbau von Park-and-ride- und Bike-and-ride-Anlagen und des Radwegenetzes. Im Güterverkehr setzen wir auf den Ausbau des kombinierten Verkehrs.

Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung. Wir stärken die Vernetzung und Kooperation aller Akteure im Bereich der urbanen Mobilität der Zukunft, um Bayern zu einem Spitzenstandort für integrierte und intelligente Verkehrslösungen von morgen zu machen.

Wir investieren in unsere **Staatsstraßen**. Die Straße ist und bleibt Verkehrsträger Nummer eins in Bayern. Die entsprechenden Investitionen auf Rekordniveau garantieren wir auch für die Zukunft. Wir wollen das Staatsstraßennetz bestandsnah fortentwickeln, um mit den vorhandenen Mitteln mehr Straßen sanieren zu können.

Wir verfolgen das Ziel, das Baustellenmanagement zu verbessern und Dauerbaustellen zu vermeiden.

Radfahren in Bayern – jeden Tag mobil. Wir wollen erreichen, dass bis zum Jahr 2025 der Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr von rund 11 % auf 20 % der Zahl der Wege steigt. Dazu setzen wir das beschlossene „Radverkehrsprogramm Bayern 2025“ konsequent um: Wir konzipieren ein Radverkehrsnetz für den Alltagsradverkehr und führen die hohen Investitionen in den Radwegebau fort. Wir wollen Radschnellwege und Fahrradabstellanlagen verstärkt fördern.

Wir sorgen für **mehr Güterverkehr auf der Schiene**. Der Güterverkehr wird deutschlandweit und bayernweit erheblich wachsen. Die Verkehrszuwächse müssen so weit wie möglich auf umweltfreundliche Verkehrsträger verlagert werden. Dafür treiben wir den Ausbau des landesweiten Netzes an Güterverkehrszentren und sonstigen Umschlaganlagen voran.

Beim Brennerzulauf ist zunächst die Erforderlichkeit einer Neubaustrecke nachzuweisen. Bei einem Ausbau wollen wir maximale Anwohnerfreundlichkeit, das heißt Lärm- und Landschaftsschutz, vorrangig durch eine weitgehende unterirdische Streckenführung.

Die Verkehrserschließung des Bayerischen Chemiedreiecks werden wir vorantreiben.

Über die Notwendigkeit einer dritten Start- und Landebahn am Flughafen München gibt es unter den Koalitionspartnern unterschiedliche Auffassungen. Die Planungen für deren Bau werden daher während der aktuellen Legislaturperiode nicht weiterverfolgt.

Wir setzen uns aber die Erarbeitung eines vertieften **Bayerischen Flughafenkonzeptes** zum Ziel, das die Erfordernisse des Wirtschaftsstandortes Bayern berücksichtigt und die Rolle des Flughafens München als führendes europäisches Luftverkehrsdrehkreuz beinhaltet und die Bedeutung der Flughäfen Nürnberg und Memmingen festigt. Dieses umfasst insbesondere eine verbesserte verkehrliche Erschließung des Flughafens München, eine stärkere Vernetzung der bayerischen Flughäfen sowie ein Konzept zur Senkung von CO₂-, Schadstoff- und Lärmemissionen. Für die zunehmenden Mobilitätsanforderungen sind verkehrliche Gesamtkonzepte zu entwickeln.

Der Freistaat Bayern wird keine Umwandlung der Flughafen München GmbH in eine Aktiengesellschaft anstreben.

6. Für die digitale Zukunft

Bei der Digitalisierung ist nicht die Frage, ob wir sie wollen, sondern wie wir sie gestalten. Digitalisierung ist unsere Zukunft. Neue Entwicklungen wie Cloud-Dienste, Internet der Dinge und Industrie 4.0 müssen zur Bereicherung für unsere Gesellschaft und zur Chance für unsere Wirtschaft werden. Wir sorgen dafür, dass Digitalisierung keine gesellschaftlichen Verwerfungen nach sich zieht – insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt.

Unser Ziel ist, die Vorteile der Digitalisierung konsequent zu nutzen, den Umgang mit ihr zu verinnerlichen und Ängste abbauen. Alle Bürgerinnen und Bürger und jedes Unternehmen in Bayern sollen an der Digitalisierung teilhaben können. Wir setzen das bundesweit einmalige Erfolgsprogramm Bayern Digital weiter zielgerichtet um: Wir investieren deshalb massiv in die digitale Infrastruktur, in Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Jung und Alt, in die digitale Verwaltung und in digitale Strategien unserer Unternehmen.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir führen Bayern ins **Gigabit-Zeitalter**. Wir streben an, bis 2025 alle Haushalte in Bayern gigabitfähig zu machen. Auf der Grundlage der von der EU genehmigten Pilotförderung werden wir hierzu eine neue bayernweite Gigabit-Richtlinie für die weitere Breitbandförderung erstellen.

Neben der privaten Anbindung ist die Anbindung von Schulen, Krankenhäusern und Rathäusern elementar und muss schnellstmöglich erfolgen. So schaffen wir die Voraussetzungen für E-Government, Telemedizin und digitale Klassenzimmer. Mit dem Höfebonus unterstützen wir weiterhin die Anbindung dünn besiedelter Gebiete an die Glasfaserversorgung.

Wir wollen einen **flächendeckenden Mobilfunk**. Wir wollen den Mobilfunk ausbauen und eine flächendeckende Abdeckung auch auf dem Land haben. Sogenannte „weiße Flecken“, Orte ohne ausreichende Netzabdeckung, wollen wir möglichst schnell schließen. Wir werden das bayerische Förderprogramm sofort starten und in das Programm jährlich 20 Mio. Euro investieren. Wichtig ist uns auch der Ausbau entlang von Bahnstrecken, um damit eine bessere Mobilfunk-Versorgung in den Zügen anzubieten.

Wir fassen bereits jetzt den nächsten Schritt ins Auge und wollen Vorreiter bei **5G** sein – dem Mobilfunkstandard und Leitmarkt der Zukunft. Bei den hierfür anstehenden Ausschreibungen wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Bund auf eine 4G-Ausbauverpflichtung hinwirkt.

Wir wollen **National Roaming** erlauben. Um den Ausbau in bisher unterversorgten Gebieten wirtschaftlicher zu machen, unterstützen wir das auf Bundesebene vereinbarte Ziel, den Mobilfunkanbietern für ein nationales Roaming durch entsprechende Änderungen im Telekommunikations- und Kartellrecht Absprachen zu erlauben.

In zukunftssträchtige Digitaltechnologien möchten wir frühzeitig einsteigen: Wir sehen für Bayern große Potentiale in der **Blockchain-Technologie**. Um sie zu erschließen und Missbrauchsmöglichkeiten zu unterbinden, bringen wir eine bayerische Blockchain-Strategie auf den Weg. Wir werden zudem prüfen, inwieweit wir die Vermittlung der notwendigen Grundlagen dieser Technologie in den bayerischen Lehrplänen verankern.

Wir fördern das **digitale Lernen**. Insbesondere werden wir unsere Schulen mit 50.000 digitalen Klassenzimmern ausstatten.

Auch den „Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0“ zwischen Staatsregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesagentur für Arbeit führen wir fort. Wir setzen digitale Bildungsberater ein. Mitarbeiter von kleinen und mittleren Unternehmen erhalten Bildungsschecks von bis zu 500 Euro für die digitale Weiterbildung.

Wir stärken die **Cybersicherheit**. Wir werden die IT-Sicherheit der bayerischen Verwaltung weiter erhöhen – bei Staat und Kommunen. Wir bauen dazu das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik weiter aus, werden die staatliche Infrastruktur insbesondere in sicherheitskritischen Bereichen deutlich verstärken und sorgen für einen sicheren Betrieb der staatlichen IT im staatlichen Rechenzentrum BayernServer. Wir untersuchen die Absicherung des Rechenzentrums Nord und des IT-Dienstleistungszentrums in sogenannten Katastrophenfällen und verhindern Ausfälle durch Einrichtung georedundanter Rechenzentrums-Standorte.

Wir werden Polizei und Justiz beim Vorgehen gegen strafbare Inhalte stärken.

Wir werden den bayerischen Mittelstand bei der IT-Sicherheit im Kampf gegen Wirtschaftsspionage unterstützen. Für kleine und mittlere Unternehmen entwickeln wir eine BayernCloud. Damit können sensible Unternehmensdaten gesichert und geschützt werden.

Wir helfen unserem Mittelstand bei der digitalen Transformation. Wir stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Gewerbe durch vielfältige Förderprojekte und -programme. Wir bereiten **neuen digitalen Geschäftsmodellen** und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz, Automatisierung und Robotik, 3D-Druck, Internet der Dinge und Virtual Reality den Boden.

Den Digitalbonus setzen wir fort. Wir unterstützen kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft dabei, ihre Produkte, Prozesse und Dienstleistungen zu digitalisieren und ihre IT-Sicherheit zu verbessern.

Wir wollen die Modernisierung des Kartellrechts aktiv begleiten. Unser Ziel ist ein zeitgemäßes Kartellrecht, das neue Aspekte der Plattformökonomie abdeckt, mit Augenmaß Missbrauch verhindert und Wettbewerb in der digitalen Wirtschaft sichert.

Wir machen die **Verwaltung digital**. Wir nutzen die Digitalisierung für noch mehr Bürgerfreundlichkeit in der Verwaltung. Ab Ende 2020 wollen wir für die

wichtigsten Anwendungen flächendeckende Online-Services für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen bereitstellen. Dazu starten wir ein Förderprogramm zur digitalen Bereitstellung von Online-Diensten im kommunalen Bereich.

Bis 2023 wird Bayern die deutschlandweite Führungsrolle bei der Bereitstellung elektronischer Behördendienste einnehmen. Wir realisieren gemeinsam mit den weiteren Ländern und der Bundesebene ein digitales Bürgerportal für Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen, mit Hilfe dessen möglichst alle Verwaltungsdienstleistungen elektronisch verfügbar gemacht werden.

Wir treiben die **Digitalisierung in der Justiz** weiter voran. Wir wollen unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften bundesweit zu Vorreitern beim Einsatz modernster digitaler Technologien in der Bekämpfung der Kriminalität machen – gerade auch im Bereich der Cyberstraftaten.

Wir wollen den elektronischen Rechtsverkehr zunehmend flächendeckend ausbauen und den Menschen in ganz Bayern rund um die Uhr einen optimalen Zugang zum Recht ermöglichen.

Wir stehen für **Netzneutralität** und gleichberechtigten Zugang zum Internet. Wir wollen, dass das Internet weiterhin ein freier Kommunikationsraum bleibt und dessen Vielfalt gesichert wird.

Wir wollen einen weitgehenden Schutz der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger sicherstellen und hierfür die Öffentlichkeit sensibilisieren.

Wir wollen einen zeitgemäßen **Schutz unserer Kinder im Internet**. Die digitalen Medien versprechen zwar viele Chancen, gleichzeitig sind Kinder durch sie jederzeit und an jedem Ort ansprechbar. Es gilt, Cybermobbing, Cybergrooming, sexualisierter Gewalt, Suchtgefährdung und Anleitung zu Selbstgefährdung durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken.

7. Für einen starken Medienstandort Bayern

Der Medienbereich ist nicht nur ein wesentlicher Pfeiler des wirtschaftlichen Erfolgs Bayerns. Er ist zugleich auch von zentraler Bedeutung für Demokratie und Gesellschaft. Die Digitalisierung verändert jedoch die Bedingungen für die Medienbranche. Einzelne internationale Anbieter sind nicht nur marktbeherrschend, sondern haben zum Teil monopolartige Strukturen aufgebaut. Durch den datenbedingten und technologischen Wissensvorsprung und durch die großen finanziellen Spielräume internationaler Internetkonzerne drohen die Medienunternehmen hierzulande den Anschluss zu verlieren. Wir wollen hier gegensteuern.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir setzen uns für **faire Wettbewerbsbedingungen** für alle Medienunternehmen ein. Wir setzen uns auf nationaler und europäischer Ebene dafür ein, dass das Regulierungsniveau insgesamt gesenkt und das Regulierungsgefälle zwischen unterschiedlichen Teilbereichen der Medienbranche abgebaut wird.

Dem möglichen Missbrauch von Marktmacht durch monopolartige Strukturen einzelner Internetkonzerne wollen wir mit allen Mitteln entgegenwirken.

Wir wollen die **Medienkompetenz unserer Kinder und Jugendlichen** stärken, sie vor gefährdenden Inhalten schützen und den Schutz ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten gewährleisten. Wir wollen den Jugendmedienschutzstaatsvertrag und das Jugendschutzgesetz entsprechend reformieren und setzen uns für Maßnahmen ein, um den Kinder- und Jugendmedienschutz auch gegenüber nicht in Deutschland ansässigen Angeboten durchzusetzen.

Wir bekennen uns zu beiden Säulen unseres Rundfunksystems, dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Rundfunk. Ein besonderes Anliegen ist uns der Erhalt und die Stärkung regionaler und lokaler Radio- und Fernsehsender.

V. Stabiles Bayern

1. Für einen starken Öffentlichen Dienst

Die Beamten und die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst sind ein Grundpfeiler der Stabilität Bayerns. Ein starker Staat und eine leistungsfähige Verwaltung gehören untrennbar zusammen. Wir wollen daher auch weiterhin für die beste Bezahlung der Beamten im bundesweiten Vergleich sorgen und dafür auch die Kommunen weiterhin gut ausstatten. Wir sagen Ja zum Beamtenstatus und zum Berufsbeamtentum. Die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung lehnen wir ab.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir erhalten die **Spitzenstellung des Freistaates bei der Besoldung**. Bayern nimmt im Ländervergleich hinsichtlich Bezahlung und Arbeitsbedingungen eine Vorreiterrolle ein. Im Ländervergleich liegt die Besoldung in Bayern mit an der Spitze.

Im Januar 2019 beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder. Wie zwischen 2013 und 2018 streben wir auch diesmal eine zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamten, Anwärter und Versorgungsempfänger an. Arbeitszeit und Sonderzahlungen bleiben unangetastet.

Wir wollen die Mütterrente II auf die Beamtenversorgung übertragen. Bayern ist das einzige Land, das bereits die Mütterrente I wirkungsgleich und systemkonform auf die bayerische Beamtenversorgung übertragen hat. Sobald die Mütterrente II im Rentenrecht auf Bundesebene umgesetzt ist, ziehen wir erneut nach.

Wir verstärken die **Nachwuchsgewinnung** für den Öffentlichen Dienst. Wir wollen die besten Köpfe für den Freistaat gewinnen. Wir wollen alle Berufsanfänger beim Berufseinstieg besserstellen und erhöhen dazu die Eingangsbesoldung durch Streichung der jeweils ersten Altersstufe in allen Besoldungsgruppen.

Zudem wollen wir die Nachwuchswerbung weiter intensivieren. Wir schaffen ein ressortübergreifendes Karriereportal im Netz und führen das laufende, historisch einzigartige Ausbau- und Modernisierungsprogramm für die Ausbildungsstandorte des Freistaates fort.

Wir steigern die **Familienfreundlichkeit des Öffentlichen Dienstes** in Bayern weiter. Die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie trägt maßgeblich zur Attraktivität des Öffentlichen Dienstes in Bayern bei. Diese wollen wir weiter durch die Erhöhung der Höchstbeurlaubungsdauer für Beamte zur Betreuung minderjähriger Kinder sowie die Verbesserung der Möglichkeit zur Ansparung von Erholungsurlaub bei Beamten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen ausbauen.

2. Für Bürokratieabbau

Für Wirtschaft und Ehrenamt sind bürokratische Auflagen und Pflichten eine ständige Herausforderung. Viele Gesetze, Verordnungen und Richtlinien verursachen in der Praxis einen teils unnötigen Mehraufwand. Das trifft gerade Mittelstand, Handwerk, Landwirtschaft und Vereine, da hier aufwendige Dokumentationspflichten von wenigen Mitarbeitern, vom Inhaber oder vom Vorstand selbst durchgeführt werden müssen. Das bindet unnötig Kräfte, ohne Mehrwert zu bieten. Wir wollen dies ändern.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir schließen ein **Bündnis für Freiheit mit Wirtschaft und Ehrenamt**. Dabei wollen wir besonders den Gesetzesvollzug ins Auge fassen. Wir setzen mehr auf Beratung statt auf Sanktionen und mehr auf Kooperation statt auf Konfrontation.

Wir wollen praxistauglichere und leichter handhabbare Regelungen schaffen. Dazu werden wir künftig in geeigneten Fällen staatliche Regelungen und Vollzugshilfen vor ihrem Inkrafttreten gemeinsam mit ausgewählten Unternehmen oder anderen Adressaten einem besonderen Praxis-Check unterziehen und in einem Testlauf erproben.

Wir treiben den **Bürokratieabbau** voran. Wir wollen die Zahl der Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf ein Minimum begrenzen und die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen durch eine Paragraphenbremse konsequent von unnötigen Vorgaben entlasten.

3. Für ein starkes Bayern im Herzen Europas

In Europa liegt unsere Zukunft. Wir bekennen uns klar zu Europa. Bayern ist stabiler Anker und mitgestaltende Kraft im Herzen Europas. Der Freistaat befindet sich im Mittelpunkt des Kontinents, ist Verbindung und Partner. Wir wollen nicht, dass Europa sich in Nord und Süd, in West und Ost oder in anderer Weise spaltet. Vielmehr wollen wir ein starkes, stabiles und friedliches Europa. Bayerische Europapolitik beruht auf einem klaren Wertefundament: Wir wollen ein Europa der Vielfalt, der Bürgerinnen und Bürger und der Regionen. Die Europäische Union kann die Herausforderungen unserer Zeit aber nur meistern, wenn sie sich auf ihre Kernkompetenzen besinnt und Fehlentwicklungen entgegenwirkt. Zentral ist für uns das Subsidiaritätsprinzip: Europa soll nur dort tätig werden, wo gemeinsame Lösungen besser sind, z. B. bei Binnenmarkt, Grenzschutz und Verteidigung. Ansonsten sollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ihr gesellschaftliches Zusammenleben selbst gestalten.

Unsere regionalen Beziehungen wollen wir pflegen und vertiefen. Gerade in unsicheren Zeiten ist ein stabiles, wertorientiertes Bayern ein Partner für die Welt.

Die Koalitionspartner vereinbaren:

Wir wollen ein **Europa der Bürgerinnen und Bürger**. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip mit Leben zu füllen. Wir sind für eine europäische Aufgaben- und Kompetenzkritik und stellen die Frage: Was kann zurück auf die nationale oder bayerische Ebene? Wir möchten Europa näher an die Menschen bringen, indem wir insbesondere öffentliche und ergebnisoffene Bürgerdialoge zur Zukunft Europas in Bayern organisieren und durchführen. Wir wollen die europäische Zivilgesellschaft stärken, z. B. durch den Ausbau von Städtepartnerschaften.

Wir wollen die Rolle der **Regionen in der EU stärken**. Zusammen mit unseren europäischen Partnern wollen wir die Mitwirkungsrechte der Regionen stärken. Unser Ziel ist es, den Ausschuss der Regionen gegenüber dem Ministerrat und dem Europaparlament erheblich zu stärken.

Wir wollen, dass Rechtsakte der EU nur „eins-zu-eins“ umgesetzt werden.

Wir setzen uns ein für die innere Stabilisierung der EU. Auch nach dem Brexit wollen wir ein gutes und enges Verhältnis zum Vereinigten Königreich. Die Wirtschaftsräume von EU und Vereinigtem Königreich müssen auch weiterhin möglichst eng integriert bleiben.

Wir setzen uns für eine verlässliche Begrenzung und Steuerung von Flucht und Migration ein. Wir unterstützen deshalb auf EU-Ebene einen zügigen Ausbau des europäischen Außengrenzschutzes auf 10.000 Frontex-Kräfte bis 2020. Wir wollen eine Dublin-Reform, die zu einer gerechteren Verteilung der Flüchtlinge in den EU-Mitgliedstaaten führt. Zudem setzen wir uns für ein effektiveres Rückführungssystem, z.B. durch einen schnellen Abschluss von Rückführungsabkommen mit Drittstaaten ein.

Wir wollen eine europäische Finanzarchitektur der Eigenverantwortung. Fehlentwicklungen in der Eurozone wollen wir korrigieren. Der Grundsatz „jedes Land haftet für seine Schulden selbst“ muss weiterhin gelten. Deshalb lehnen wir eine Schuldenunion, Eurobonds und eine Transferunion ab.

Die EU braucht ein geschlossenes Auftreten nach außen. Angesichts der veränderten Weltlage mit zahlreichen internationalen Krisenherden setzen wir uns für eine weitere Stärkung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Gemeinsam sind wir stärker: Von unserem Binnenmarkt profitieren nicht nur Wirtschaft und Verbraucher. Er stärkt auch unsere Position gegenüber unseren Partnern in der Welt. Eine starke, aber faire und regelbasierte EU-Handelspolitik ist uns wichtig, um Wohlstand und europäische Standards zu sichern.

Wir werden **Europapolitik aktiv mitgestalten**. Alle Ressorts der Staatsregierung sollen sich bei europapolitischen Themen aktiv einbringen.

Dazu werden wir die Koordination innerhalb Bayerns und mit der Bundes- sowie der EU-Ebene stärken. Wir werden auch die Zusammenarbeit mit allen bayerischen Europaabgeordneten intensivieren, um auch künftig im Europäischen Parlament so effektiv wie möglich unsere bayerischen Interessen einzubringen. Ebenso setzen wir uns für eine Stärkung des direkten europapolitischen Austauschs mit anderen Staaten und Regionen in Europa ein.

Die Bayerische Vertretung in Brüssel soll weiterhin zentrale Informations- und Begegnungsplattform für alle Ressorts sein. Das bayerische Kabinett wird regelmäßige Sitzungen in Brüssel abhalten.

Vor allem die Zukunft der EU-Strukturpolitik und der EU-Regionalfördergebiete wollen wir im Sinne Bayerns mitgestalten. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass Bayern auch in der Förderperiode 2021 bis 2027 von der EFRE-Förderung profitiert und weiterhin C-Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ausweisen kann.

Wir wollen die **internationalen Kontakte Bayerns** in Europa und darüber hinaus weiter pflegen und ausbauen. Bayerns Entwicklung als Exportland mit starker eigener kultureller Identität ist nur denkbar mit einem weltoffenen Charakter und einer aktiven Wahrnehmung der Chancen in Europa und der Welt. Innerhalb Europas ist Bayern Brückenbauer zwischen Ost und West, gerade im Donauraum. Unsere gute Nachbarschaft zu Tschechien ist uns dabei besonders wichtig. Wegen der Besonderheit der gemeinsamen Geschichte kommt der Repräsentanz des Freistaats Bayern in der Tschechischen Republik eine besondere Bedeutung zu.

Wir wollen die EUREGIO-Zusammenarbeit fortsetzen.

Bayern steht zu den transatlantischen Beziehungen als tragender Pfeiler der westlichen Welt. Wir pflegen unser Netzwerk mit unseren Partnerregionen und den Nachbarn der Europäischen Union.

Wir fördern den europäischen und internationalen **Jugendaustausch**. Mit einem neuen bayerischen Auslandsinstitut wollen wir ein internationales Netzwerk für den Jugendaustausch gründen. Aufgrund der gemeinsamen Geschichte Bayerns und Böhmens liegt uns dabei besonders die Stärkung des Austauschs mit Tschechien am Herzen.

Wir engagieren uns in Afrika und stärken die Entwicklungszusammenarbeit. Besonders wichtig ist dabei die **Fluchtursachenbekämpfung**. Die Minderung von Fluchtursachen ist Teil der Bayerischen Asylstrategie. Unser Engagement in Schwellen- und Entwicklungsländern soll dazu beitragen, dass die Menschen ihre Heimat möglichst nicht mehr verlassen müssen, sondern dort eine Perspektive sehen.

Mit einem Bayerischen Afrika-Paket wollen wir in sinnvoller Ergänzung der Programme von EU und Bund die Entwicklung afrikanischer Staaten unterstützen und ihre Eigenverantwortung stärken. Unser Engagement für Afrika soll nicht nur wirtschaftlicher Art sein. Vielmehr ist unser Ansatz, mehr Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Dabei wollen wir die Entwicklungspolitik des Freistaats künftig in enger Zusammenarbeit mit erfahrenen Nichtregierungsorganisationen wie z. B. dem Eine-Welt-Netzwerk Bayern e. V. gestalten.